

DIETER LEIPOLD

BGB I
Einführung und
Allgemeiner Teil

II. Auflage



MOHR SIEBECK

MOHR SIEBECK LEHRBUCH

Mohr Siebeck Lehrbuch

Dieter Leipold
BGB I: Einführung und Allgemeiner Teil



Dieter Leipold

BGB I: Einführung und Allgemeiner Teil

Ein Lehrbuch mit Fällen
und Kontrollfragen

11., neubearbeitete Auflage

Mohr Siebeck

Dieter Leipold, Dr. jur., Dr. h. c. (Städtische Universität Osaka), Dr. h. c. (Demokritos Universität Thrazien), o. Professor (em.) für Bürgerliches Recht und Zivilprozessrecht an der Universität Freiburg. – Homepage: www.jura.uni-freiburg.de/leipold.

1. Auflage 1999
2. Auflage 2002
3. Auflage 2004
4. Auflage 2007
5. Auflage 2008
6. Auflage 2010
7. Auflage 2013
8. Auflage 2015
9. Auflage 2017
10. Auflage 2019
11. Auflage 2022

ISBN 978-3-16-161829-1

ISSN 2568-4566 (Mohr Siebeck Lehrbuch)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2022 Mohr Siebeck Tübingen. www.mohrsiebeck.com

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Verbreitung, Vervielfältigungen, Übersetzungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde-Druck in Tübingen aus der Rotation gesetzt und von der Druckerei C. H. Beck in Nördlingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und gebunden.

Printed in Germany.

Vorwort zur 11. Auflage

Kaum jemals waren so viele gesetzliche Änderungen zu berücksichtigen wie bei dieser Neuauflage. Die Reformen reichen vom Kaufrecht über das Vormundschafts- und Betreuungsrecht bis zum Recht der Personengesellschaften. Auch soweit die neuen Vorschriften erst in – naher – Zukunft in Kraft treten, wurden sie bereits eingearbeitet.

An anschaulichen und teils auch Aufsehen erregenden Urteilen bestand ebenfalls kein Mangel. So wurden u. a. Entscheidungen zum Dieselskandal (zur Haftung des Herstellers aufgrund sittenwidriger Schädigung und zur Verjährung bei einer Musterfeststellungsklage), zur Sperrung des Facebook-Zugangs (Drittwirkung der Grundrechte?) und zu den Folgen der Corona-Pandemie (Störung der Geschäftsgrundlage bei Geschäftsraum-Miete?) in die Darstellung einbezogen.

Die didaktische Zielsetzung des Buches blieb unverändert. Es ist vor allem für Studentinnen und Studenten rechtswissenschaftlicher Studiengänge an Universitäten oder Fachhochschulen bestimmt, hat sich aber auch im Rahmen wirtschaftswissenschaftlicher Studiengänge bewährt. Als Lehr- und Arbeitsbuch ermöglicht es dem Studienanfänger den Einstieg in das Bürgerliche Recht und bereitet den Allgemeinen Teil in einer Weise auf, die auch zur Examensvorbereitung geeignet ist. Definitionen, Merksätze, Schaubilder und Prüfungsschemata sollen das Verständnis und die Einprägung des Stoffes erleichtern.

Im einführenden Teil werden – eine Besonderheit dieses Lehrbuchs – auch die Grundbegriffe des Schuldrechts und des Sachenrechts dargestellt. Diese Kenntnisse sind erforderlich, um die Wirkungsweise der Vorschriften des Allgemeinen Teils zu verstehen und zivilrechtliche Fälle korrekt lösen zu können. Auch für die Teilnahme an zivilrechtlichen Übungen oder Grundkursen wird auf diese Weise das nötige Rüstzeug vermittelt.

Die anschließende Darstellung des Allgemeinen Teils legt den Schwerpunkt auf die Rechtsgeschäftslehre, erörtert aber den Gesamtbereich des Ersten Buches des BGB mit dem Ziel, den examensrelevanten Stoff voll abzudecken. Zu den vorangestellten Fällen sind am Ende des zugehörigen Abschnittes ausformulierte Lösungen zu finden. Den meisten Abschnitten wurden Fälle und Kontrollfragen angefügt. Sie sollen dem Leser ermöglichen, den Stoff zu wiederholen und die Umsetzung des gewonnenen Wissens in die Lösung konkreter Fälle zu üben. Da die eigene Darstellung den Studierenden verständlicherweise oft Schwierigkeiten bereitet, sind auch hier die Lösungen verhältnismäßig ausführlich formuliert. Der erwünschte didaktische Erfolg wird sich freilich nur einstellen, wenn die Leserinnen und Leser sich zunächst selbst um die Lösung

bemühen, diese skizzieren und sie erst dann mit den im Buch enthaltenen Lösungen vergleichen. Einige etwas schwierigere Fälle wurden mit einem * gekennzeichnet – wer mit diesen Sternchen-Fällen nicht auf Anhieb zurechtkommt, sollte sich nicht entmutigen lassen.

Methodische und praktische Hinweise zur schriftlichen Bearbeitung zivilrechtlicher Fälle und eine Zusammenstellung wichtiger Begriffsbestimmungen finden sich am Schluss des Buches.

Freiburg, im Juni 2022

Dieter Leipold

Inhalt

Abkürzungsverzeichnis	XV
Literatur	XX

Erster Teil

Einführung in das Bürgerliche Recht

1. Abschnitt: Grundlagen

§1 Das Bürgerliche Recht im Rahmen der gesamten Rechtsordnung	1
I. Recht und Rechtsquellen – nationales und europäisches Recht	1
II. Grundrechte und Bürgerliches Recht	3
III. Privatrecht und Öffentliches Recht	9
IV. Das Bürgerliche Recht als Teilgebiet des Privatrechts	13
V. Bürgerliches Recht und Strafrecht	15
VI. Bürgerliches Recht und Verfahrensrecht	15
<i>Kontrollfragen und Fälle zu §1</i>	<i>17</i>
<i>Lösungen</i>	<i>18</i>
§2 Vorgeschichte und Entstehung des BGB	19
I. Die Wurzeln des deutschen Bürgerlichen Rechts	19
II. Die Rechtslage vor Erlass des BGB	19
III. Das Streben nach Rechtsvereinheitlichung im 19. Jahrhundert	20
IV. Die Schaffung des BGB	21
§3 System und rechtspolitische Grundlagen des BGB.	23
I. Aufbau und Regelungsbereich	23
II. Das Verhältnis des BGB zum Landesrecht	25
III. Gesetzesstil und rechtspolitische Grundlagen des BGB	26
<i>Kontrollfragen zu §2 und §3</i>	<i>31</i>
<i>Lösungen</i>	<i>32</i>
§4 Die Entwicklung des deutschen Bürgerlichen Rechts seit Erlass des BGB und die zunehmende Europäisierung.	33
I. Weitreichender Wandel durch gesetzliche Änderungen	33
II. Neuschöpfungen der Rechtspraxis	36
III. Ein Rückblick: das Zivilrecht in der ehemaligen DDR	37
IV. Der zunehmende Einfluss des Europäischen Rechts – das Europäische Privatrecht.	37
V. Digitalisierung und BGB	42
§5 Methodische Hinweise zur Anwendung des Gesetzes	43
I. Ziel der Gesetzesanwendung	43
II. Subsumtion	43
III. Auslegung des Gesetzes.	43
IV. Analoge Anwendung gesetzlicher Vorschriften; gesetzessübersteigende Rechtsfortbildung	47

V. Umkehrschluss	48
VI. Teleologische Reduktion	49

2. Abschnitt: Grundbegriffe des Bürgerlichen Rechts

§ 6 Der schuldrechtliche Vertrag	50
I. Vertragsfreiheit im Schuldrecht.	50
II. Wesensmerkmale am Beispiel eines Kaufvertrags.	57
III. Die reguläre Erfüllung des Kaufvertrags.	59
IV. Pflichtverletzungen (Leistungsstörungen)	60
<i>Kontrollfragen und Fälle zu § 6</i>	<i>71</i>
<i>Lösungen</i>	<i>72</i>
§ 7 Besitz und Eigentum sowie die Arten der subjektiven Rechte.	74
I. Der Unterschied zwischen Besitz und Eigentum.	74
II. Der Inhalt des Eigentums	75
III. Die wichtigsten Ansprüche aus dem Eigentum.	76
IV. Der Erwerb des Eigentums an beweglichen Sachen	78
V. Der Erwerb des Eigentums an Grundstücken	82
VI. Begriff und Arten der subjektiven Rechte	83
<i>Kontrollfragen und Fälle zu § 7</i>	<i>89</i>
<i>Lösungen</i>	<i>90</i>
§ 8 Das Abstraktionsprinzip und der Ausgleich nach den Regeln über die ungerechtfertigte Bereicherung.	91
I. Die Trennung zwischen Verpflichtungs- und Verfügungsgeschäft (Trennungsprinzip)	91
II. Die Unabhängigkeit des Verfügungsgeschäfts vom Verpflichtungsgeschäft – der Inhalt des Abstraktionsprinzips	93
III. Der bereicherungsrechtliche Ausgleich	94
IV. Zur Bewertung des Abstraktionsprinzips	96
<i>Kontrollfragen und Fälle zu § 8</i>	<i>97</i>
<i>Lösungen</i>	<i>98</i>
§ 9 Unerlaubte Handlungen.	99
I. Allgemeines	99
II. Ansprüche aus § 823 Abs. 1.	100
III. Weitere Anspruchsgrundlagen	102
<i>Kontrollfragen und Fälle zu § 9</i>	<i>109</i>
<i>Lösungen</i>	<i>110</i>

Zweiter Teil

Der Allgemeine Teil des BGB

1. Abschnitt: Das Rechtsgeschäft

§ 10 Rechtsgeschäft und Willenserklärung; Privatautonomie und Verbraucherschutz.	111
I. Das Rechtsgeschäft als Mittel zur Verwirklichung der Privatautonomie	111
II. Der Begriff des Rechtsgeschäfts und sein Verhältnis zur Willenserklärung	113
III. Die Willenserklärung	115

IV. Geschäftsähnliche Handlungen	122
V. Realakte	124
VI. Sozialtypisches Verhalten.	124
VII. Verbraucher und Unternehmer – die persönliche Reichweite des Verbraucherschutzes bei Rechtsgeschäften	125
<i>Kontrollfragen und Fälle zu § 10.</i>	131
<i>Lösungen</i>	132
§ 11 Die Geschäftsfähigkeit	134
I. Grundlagen	134
II. Wichtige Abgrenzungen	137
III. Die Geschäftsunfähigkeit.	140
IV. Die beschränkte Geschäftsfähigkeit	145
V. Partielle Geschäftsfähigkeit	160
VI. Beweislast und maßgeblicher Zeitpunkt	161
VII. Rechtliche Betreuung und Geschäftsfähigkeit	162
VIII. Die Haftungsbeschränkung des Minderjährigen.	163
<i>Kontrollfragen und Fälle zu § 11.</i>	165
<i>Lösungen</i>	167
§ 12 Das Wirksamwerden von Willenserklärungen.	171
I. Arten der Willenserklärungen	171
II. Nicht empfangsbedürftige Willenserklärungen	172
III. Empfangsbedürftige Willenserklärungen unter Abwesenden.	173
IV. Empfangsbedürftige Willenserklärungen unter Anwesenden.	182
V. Empfangsbedürftige Willenserklärungen gegenüber nicht voll geschäftsfähigen Personen	184
<i>Kontrollfragen und Fälle zu § 12.</i>	187
<i>Lösungen</i>	188
§ 13 Der Widerruf von Willenserklärungen.	190
I. Die Regelung im Allgemeinen Teil des BGB	190
II. Die neueren Widerrufsrechte zugunsten des Verbrauchers	192
<i>Kontrollfragen und Fälle zu § 13.</i>	201
<i>Lösungen</i>	202
§ 14 Der Abschluss eines Vertrages	203
I. Die Unterscheidung von Angebot (Antrag) und Annahme	203
II. Das Angebot.	204
III. Die Annahme	209
IV. Besondere Gestaltungsformen: Vorvertrag und Optionsvertrag	218
V. Vertragsschluss im Internet	219
VI. Der Dissens	224
VII. Vertragsschluss und Allgemeine Geschäftsbedingungen	227
<i>Kontrollfragen und Fälle zu § 14.</i>	233
<i>Lösungen</i>	234
§ 15 Die Auslegung von Willenserklärungen und Verträgen	236
I. Das Ziel der Auslegung	236
II. Auslegungsgrundsätze	239
III. Die ergänzende Vertragsauslegung.	242
IV. Übereinstimmende Falschbezeichnung	247
<i>Kontrollfragen und Fälle zu § 15.</i>	251
<i>Lösungen</i>	252

§ 16 Formerfordernisse	254
I. Grundsatz der Formfreiheit	254
II. Gesetzliche Formvorschriften	254
III. Überwindung des Formmangels nach Treu und Glauben	264
IV. Vereinbarte Form	266
<i>Kontrollfragen und Fälle zu § 16</i>	269
<i>Lösungen</i>	270
§ 17 Willensvorbehalte (bewusste Willensmängel) und Fehlen des Erklärungsbewusstseins	272
I. Überblick	272
II. Der geheime Vorbehalt	272
III. Das Scheingeschäft	274
IV. Die nicht ernstlich gemeinte Willenserklärung	277
V. Das Fehlen des Erklärungsbewusstseins	278
<i>Kontrollfragen und Fälle zu § 17</i>	281
<i>Lösungen</i>	282
§ 18 Die Anfechtung wegen Irrtums und unrichtiger Übermittlung	285
I. Die Anfechtbarkeit im Unterschied zur Nichtigkeit	285
II. Zweck und Grenzen der Irrtumsanfechtung	286
III. Die Anfechtungstatbestände des § 119 Abs. 1: Erklärungsirrtum (Irrtum in der Erklärungshandlung) und Inhaltsirrtum	288
IV. Der Eigenschaftsirrtum	297
V. Die unrichtige Übermittlung einer Willenserklärung	302
VI. Die Durchführung der Anfechtung	303
VII. Die Wirkungen der Anfechtung	305
<i>Kontrollfragen und Fälle zu § 18</i>	311
<i>Lösungen</i>	312
§ 19 Die Anfechtung wegen arglistiger Täuschung und Drohung	314
I. Die arglistige Täuschung als Anfechtungsgrund	314
II. Die Drohung als Anfechtungsgrund	322
III. Durchführung und Rechtsfolgen der Anfechtung wegen arglistiger Täuschung oder Drohung	325
IV. Konkurrenzfragen, insbesondere Verhältnis zur culpa in contrahendo.	327
<i>Kontrollfragen und Fälle zu § 19</i>	329
<i>Lösungen</i>	330
§ 20 Gesetzlich verbotene, sittenwidrige und wucherische Rechtsgeschäfte	331
I. Gesetzlich verbotene Rechtsgeschäfte	331
II. Veräußerungsverbote	337
III. Sittenwidrige Rechtsgeschäfte	339
IV. Wucherische und wucherähnliche Rechtsgeschäfte	349
<i>Kontrollfragen und Fälle zu § 20</i>	355
<i>Lösungen</i>	356
§ 21 Die Aufrechterhaltung fehlerhafter Rechtsgeschäfte	359
I. Die Teilnichtigkeit	359
II. Die Umdeutung (Konversion).	364
III. Die Bestätigung	366
<i>Kontrollfragen und Fälle zu § 21</i>	369
<i>Lösungen</i>	370

§ 22 Bedeutung und Voraussetzungen der Stellvertretung	372
I. Bedeutung und Begriff der Stellvertretung	372
II. Die Voraussetzungen wirksamer Stellvertretung	379
<i>Kontrollfragen und Fälle zu § 22</i>	385
<i>Lösungen</i>	387
§ 23 Gesetzliche Vertretungsmacht	390
I. Begriff	390
II. Fälle der gesetzlichen Vertretungsmacht	390
III. Gesetzliche Verpflichtungs- und Vertretungsmacht der Ehegatten	392
§ 24 Die rechtsgeschäftliche Vertretungsmacht (Vollmacht)	394
I. Erteilung der Vollmacht	394
II. Form der Vollmacht	395
III. Arten der Vollmacht	399
IV. Vollmacht und Grundgeschäft	401
V. Erlöschen der Vollmacht	403
VI. Vollmacht kraft Rechtsscheins (gesetzliche Bestimmungen)	405
VII. Duldungs- und Anscheinsvollmacht	407
VIII. Vollmacht und Anfechtung	409
<i>Kontrollfragen und Fälle zu § 24</i>	413
<i>Lösungen</i>	414
§ 25 Wirkungen der Stellvertretung	415
I. Wirkungen des vom Vertreter abgeschlossenen Rechtsgeschäfts	415
II. Willensmängel und Kenntnis von Umständen bei der Vertretung	417
<i>Kontrollfragen und Fälle zu § 25</i>	423
<i>Lösungen</i>	424
§ 26 Das Handeln eines Vertreters ohne Vertretungsmacht	425
I. Das ohne Vertretungsmacht abgeschlossene Rechtsgeschäft	425
II. Haftung des Vertreters ohne Vertretungsmacht	428
III. Haftung bei mehrstufiger Vertretung (Untervollmacht)	432
<i>Kontrollfragen und Fälle zu § 26</i>	435
<i>Lösungen</i>	436
§ 27 Das Insichgeschäft	438
I. Begriff des Insichgeschäfts	438
II. Grundsätzliche Unwirksamkeit von Insichgeschäften	439
III. Gesetzliche Ausnahmen vom Verbot des Insichgeschäfts	440
IV. Ungeschriebene Ausnahme für lediglich rechtlich vorteilhafte Geschäfte	441
V. Analoge Anwendung des § 181	442
<i>Kontrollfragen und Fälle zu § 27</i>	445
<i>Lösungen</i>	446
§ 28 Verfügungen eines Nichtberechtigten	447
I. Begriffsmerkmale der Verfügung eines Nichtberechtigten	447
II. Wirksamkeitsvoraussetzungen	448
III. Einziehungsermächtigung und Prozessführungsermächtigung	451
IV. Unzulässigkeit einer Verpflichtungsermächtigung	452
<i>Kontrollfragen und Fälle zu § 28</i>	453
<i>Lösungen</i>	454

§ 29 Bedingte und befristete Rechtsgeschäfte	455
I. Begriff der Bedingung	455
II. Arten und Wirkungen der Bedingung	456
III. Zulässigkeit der Bedingung	458
IV. Schutzvorschriften für die Schwebezeit	459
V. Befristete Rechtsgeschäfte	461
<i>Kontrollfragen und Fälle zu § 29</i>	463
<i>Lösungen</i>	464

2. Abschnitt: Die Rechtssubjekte

§ 30 Die Arten der Rechtssubjekte und die Rechtsfähigkeit des Menschen	465
I. Begriff der Rechtsfähigkeit	465
II. Arten der Rechtssubjekte	465
III. Der Beginn der Rechtsfähigkeit des Menschen.	467
IV. Das Ende der Rechtsfähigkeit des Menschen.	469
<i>Kontrollfragen und Fälle zu § 30</i>	473
<i>Lösungen</i>	474
§ 31 Juristische Personen, insbesondere der eingetragene Verein, sowie rechtsfähige Personengesellschaften	475
I. Funktion, Begriff und Arten der juristischen Person	475
II. Rechtsfähige Personengesellschaften	477
III. Andere Gemeinschaften	478
IV. Der rechtsfähige Verein (Verein mit Rechtspersönlichkeit)	479
V. Organe des Vereins und Haftung	484
VI. Mitgliedschaft und Vereinsautonomie	490
VII. Die Beendigung des Vereins	493
VIII. Die rechtsfähige Stiftung	494
IX. Haftung juristischer Personen des öffentlichen Rechts	496
<i>Kontrollfragen und Fälle zu § 31</i>	497
<i>Lösungen</i>	498
§ 32 Der nicht eingetragene Verein	500
I. Ursprüngliche Regelung im BGB und weitere Entwicklung	500
II. Neuregelung durch das MoPeG 2021	501
III. Keine Haftung der Mitglieder eines nicht eingetragenen Idealvereins für Vereinsverbindlichkeiten	503
IV. Haftung des für den nicht eingetragenen Verein Handelnden.	503
§ 33 Namensrecht	504
I. Der Name	504
II. Funktionen und Schutz des Namens	508
III. Erweiterter Anwendungsbereich des § 12	510
<i>Kontrollfragen und Fälle zu § 33</i>	513
<i>Lösungen</i>	514
§ 34 Der Wohnsitz	515
I. Bedeutung	515
II. Begründung und Aufhebung des Wohnsitzes	516

3. Abschnitt: Grenzen der Rechtsdurchsetzung

§ 35 Die Verjährung	518
I. Allgemeines	518
II. Die Verjährungsfristen	520
III. Die Wirkung der Verjährung	525
IV. Hemmung, Ablaufhemmung und Neubeginn der Verjährung.	527
V. Die Verwirkung	531
<i>Kontrollfragen und Fälle zu § 35</i>	535
<i>Lösungen</i>	536
§ 36 Regeln der Rechtsausübung: Schikaneverbot, Notwehr, Notstand und Selbsthilfe	538
I. Unzulässige Rechtsausübung	538
II. Notwehr	539
III. Defensiv- und Aggressivnotstand	542
IV. Selbsthilfe	543
<i>Kontrollfragen und Fälle zu § 36</i>	545
<i>Lösungen</i>	546
§ 37 Berechnung von Fristen und Terminen	547
I. Inhalt und Geltungsbereich	547
II. Berechnung	547
III. Weitere Auslegungsregeln	549
IV. Wiedereinsetzung in den vorigen Stand (Hinweis)	549

4. Abschnitt: Sachen

§ 38 Sachen, Bestandteile, Zubehör und Nutzungen	550
I. Bedeutung des Gesetzesabschnitts	550
II. Begriff und Arten der Sachen	551
III. Sachbestandteile	554
IV. Zubehör	557
V. Nutzungen	559
<i>Kontrollfragen und Fälle zu § 37</i>	563
<i>Lösungen</i>	564

Dritter Teil

Arbeitshinweise

§ 39 Hinweise zur schriftlichen Bearbeitung zivilrechtlicher Fälle	565
I. Vorbemerkung.	565
II. Schritte der Bearbeitung	565
III. Bedeutung des Sachverhalts	567
IV. Ansprüche und Anspruchsgrundlagen	568
V. Aufbau (Gliederung) und Überschriften	570
VI. Gutachtenstil und Sprache	571
§ 40 Definitionen, die man sich einprägen sollte	573
Paragrafenregister	575
Sachregister	581

Abkürzungsverzeichnis

aaO	am angegebenen Ort
abl.	ablehnend
Abs.	Absatz
AbzG	Abzahlungsgesetz
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
a. E.	am Ende
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
aF	alte Fassung
AG	Aktiengesellschaft, Amtsgericht
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen
AGBG	Gesetz zur Regelung des Rechts der Allgemeinen Geschäftsbedingungen
AGG	Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz
AktG	Aktiengesetz
allg.	allgemein
allg.M.	allgemeine Meinung
Alt.	Alternative
a. M.	anderer Meinung
AnfG	Anfechtungsgesetz
Anm.	Anmerkung
AnwBl	Anwaltsblatt
AP	Arbeitsrechtliche Praxis, Nachschlagewerk des Bundesarbeitsgerichts
ArbGG	Arbeitsgerichtsgesetz
Aufl.	Auflage
BAG	Bundesarbeitsgericht
BAGE	Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichts
BauGB	Baugesetzbuch
BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BayObLGZ	Entscheidungen des Bayerischen Obersten Landesgerichts in Zivilsachen
BB	Betriebsberater
Bd.	Band
BeckRS	Beck-Rechtsprechung (online)
Begr.	Begründung
bestr.	bestritten
BetrVG	Betriebsverfassungsgesetz
BeurkG	Beurkundungsgesetz
BFH	Bundesfinanzhof
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BImSchG	Bundesimmissionsschutzgesetz

BNotO	Bundesnotarordnung
BRAO	Bundesrechtsanwaltsordnung
BT-Drs.	Bundestagsdrucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerfGG	Bundesverfassungsgerichtsgesetz
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
c.i.c.	culpa in contrahendo
CR	Computer und Recht
DB	Der Betrieb
DCFR	Draft Common Frame of Reference
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DJZ	Deutsche Juristenzeitung
DNotZ	Deutsche Notar-Zeitschrift
DRiZ	Deutsche Richterzeitung
DS-GVO	Datenschutzgrundverordnung (Verordnung [EU] 2016/679)
DStR	Deutsches Steuerrecht
EG	Einführungsgesetz, Europäische Gemeinschaft
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
EheG	Ehegesetz
ErbbauRG	Erbbaurechtsgesetz
EU	Europäische Union
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Union
EuGVO	Europäische Gerichtsstands- und Vollstreckungsverordnung
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuZW	Europäische Zeitung für Wirtschaftsrecht
e.V.	eingetragener Verein
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWIV	Europäische wirtschaftliche Interessenvereinigung
f., ff.	folgende
FamRZ	Zeitschrift für das gesamte Familienrecht
Festschr.	Festschrift
FGG	Gesetz über die Angelegenheit der freiwilligen Gerichtsbarkeit
Fn.	Fußnote
FS	Festschrift
GBO	Grundbuchordnung
GenG	Genossenschaftsgesetz
GewO	Gewerbeordnung
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung

GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
HGB	Handelsgesetzbuch
h. M.	herrschende Meinung
Hrsg.	Herausgeber
idF	in der Fassung
InsO	Insolvenzordnung
IPR	Internationales Privatrecht
i. S.	im Sinne
i. S. v.	im Sinne von
i. V. m.	in Verbindung mit
JA	Juristische Arbeitsblätter
JBl.	Juristische Blätter (österreichische Zeitschrift)
JR	Juristische Rundschau
Jura	Juristische Ausbildung
JuS	Juristische Schulung
JW	Juristische Wochenschrift
JZ	Juristenzeitung
KG	Kammergericht, Kommanditgesellschaft
KO	Konkursordnung
krit.	kritisch
KunstUrhG	Gesetz betreffend das Urheberrecht an Werken der bildenden Künste und der Photographie
lat.	lateinisch
LG	Landgericht
LM	Lindenmaier-Möhring, Nachschlagewerk des Bundesgerichtshofs
Lit.	Literatur
LPartG	Lebenspartnerschaftsgesetz
LS	Leitsatz
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
m. E.	meines Erachtens
Mot.	Motive zum Entwurf eines BGB
mwN	mit weiteren Nachweisen
Nachw.	Nachweise
NdsRpfl	Niedersächsische Rechtspflege
nF	neue Fassung
NJOZ	Neue Juristische Online-Zeitschrift
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-RR	Neue Juristische Wochenschrift, Rechtsprechungsreport
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht

XVIII

Abkürzungsverzeichnis

NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
NZM	Neue Zeitschrift für Mietrecht
OGHZ	Entscheidungen des Obersten Gerichtshofs für die britische Zone in Zivilsachen
OHG	Offene Handelsgesellschaft
OLG	Oberlandesgericht
OLGZ	Entscheidungen der Oberlandesgerichte in Zivilsachen
OWiG	Ordnungswidrigkeitengesetz
ParteienG	Parteiengesetz
PatG	Patentgesetz
PBefG	Personenbeförderungsgesetz
PflVersG	Pflichtversicherungsgesetz
PostG	Postgesetz
ProdHaftG	Gesetz über die Haftung für fehlerhafte Produkte (Produkthaftungsgesetz)
ProtStG	Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Prostituierten
Prot.	Protokolle der 2. Kommission zum Entwurf des BGB
PStG	Personenstandsgesetz
pVV	positive Vertragsverletzung
RabelsZ	Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
RegE	Regierungsentwurf
RG	Reichsgericht
RGBl.	Reichsgesetzblatt
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
Rn.	Randnummer
Rspr.	Rechtsprechung
RVG	Rechtsanwaltsvergütungsgesetz
S.	Seite
s.	siehe
SAE	Sammlung arbeitsrechtlicher Entscheidungen
ScheckG	Scheckgesetz
Slg.	Sammlung der Rechtsprechung des Gerichtshofes und des Gerichts erster Instanz der Europäischen Gemeinschaften
sog.	sogenannt
StGB	Strafgesetzbuch
StPO	Strafprozessordnung
str.	streitig
StVG	Straßenverkehrsgesetz
u. a.	unter anderem
ü.M.	überwiegende Meinung
u. U.	unter Umständen
UrhG	Gesetz über Urheberrecht und verwandte Schutzrechte (Urheberrechtsgesetz)
UWG	Gesetz über den unlauteren Wettbewerb

VerbrKrG	Verbraucherkreditgesetz
VerglO	Vergleichsordnung
VersAusglG	Versorgungsausgleichsgesetz
VerschG	Verschollenheitsgesetz
VersR	Versicherungsrecht
vgl.	vergleiche
VO	Verordnung
VStGB	Völkerstrafgesetzbuch
VVG	Versicherungsvertragsgesetz
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
WEG	Wohnungseigentumsgesetz
WiStG	Wirtschaftsstrafgesetz
WG	Wechselgesetz
WM	Wertpapiermitteilungen
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht
ZEV	Zeitschrift für Erbrecht und Vermögensnachfolge
ZfPW	Zeitschrift für die gesamte Privatrechtswissenschaft
ZGB (DDR)	Zivilgesetzbuch der Deutschen Demokratischen Republik
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht und Wirtschaftsrecht
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
ZNR	Zeitschrift für neuere Rechtsgeschichte
ZPO	Zivilprozessordnung
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
zust.	zustimmend
zutr.	zutreffend
ZVG	Gesetz über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung
ZZP	Zeitschrift für Zivilprozess

Literatur

Lehrbücher zum Allgemeinen Teil des BGB

- Bitter/Röder*, BGB Allgemeiner Teil, 5. Aufl., 2020.
Boecken, BGB Allgemeiner Teil, 3. Aufl., 2019.
Boemke/Ulrici, BGB Allgemeiner Teil, 2. Aufl., 2014.
Bork, Allgemeiner Teil des BGB, 4. Aufl., 2016.
Brehm, Allgemeiner Teil des BGB, 6. Aufl., 2008.
Brox/Walker, Allgemeiner Teil des BGB, 45. Aufl., 2021.
Diederichsen, Der Allgemeine Teil des Bürgerlichen Gesetzbuches für Studienanfänger, 5. Aufl., 1984.
Faust, Bürgerliches Gesetzbuch, Allgemeiner Teil, 7. Aufl., 2020.
Flume, Allgemeiner Teil des Bürgerlichen Rechts, 1. Bd., 1. Teil: Die Personengesellschaft, 1977; 1. Bd., 2. Teil: Die Juristische Person, 1983; 2. Bd.: Das Rechtsgeschäft, 4. Aufl., 1992 (dieser Bd. zitiert: Flume).
Hirsch, BGB Allgemeiner Teil, 10. Aufl., 2019.
Hübner, Allgemeiner Teil des Bürgerlichen Gesetzbuches, 2. Aufl., 1996.
Köhler, BGB Allgemeiner Teil, 45. Aufl., 2021.
Kötz, Vertragsrecht, 2. Aufl., 2012.
Leenen/Häublein, BGB Allgemeiner Teil, 3. Aufl., 2021.
Löwisch/Neumann, Allgemeiner Teil des BGB, Einführung und Rechtsgeschäftslehre, 7. Aufl., 2004.
Medicus/Petersen, Allgemeiner Teil des BGB, 11. Aufl., 2016.
Neuner, Allgemeiner Teil des Bürgerlichen Rechts, 12. Aufl., 2020.
Pawlowski, Allgemeiner Teil des Bürgerlichen Rechts, 7. Aufl., 2003.
Schack, BGB – Allgemeiner Teil, 16. Aufl., 2019.
Stadler, Allgemeiner Teil des BGB, 20. Aufl., 2020.
Wertenbruch, BGB Allgemeiner Teil, 5. Aufl., 2021.

Einführungen und Grundkurse zum Bürgerlichen Recht

- Eisenhardt*, Einführung in das Bürgerliche Recht, 7. Aufl., 2018.
Hattenhauer, Grundbegriffe des Bürgerlichen Rechts, Historisch-dogmatische Einführung, 2. Aufl., 2000.
Klunzinger, Einführung in das Bürgerliche Recht, 17. Aufl., 2019.
Musielak/Hau, Grundkurs BGB, 17. Aufl., 2021.
Schwab/Löhnig, Einführung in das Zivilrecht, 20. Aufl., 2016.
Westermann, Grundbegriffe des BGB, Eine Einführung an Hand von Fällen, 17. Aufl., 2013.

Fall- und Entscheidungssammlungen zum Allgemeinen Teil

- Armbrüster*, Examinatorium BGB AT, 3. Aufl., 2018.
Brehm, Fälle und Lösungen zum Allgemeinen Teil des BGB, 3. Aufl., 2011.
Fezer/Obergfell, Klausurenkurs zum BGB Allgemeiner Teil, 11. Aufl., 2022.
Fritzsche, Fälle zum BGB – Allgemeiner Teil, 8. Aufl., 2021.
Gottwald/Würdinger, Examens-Repetitorium BGB – Allgemeiner Teil, 5. Aufl. 2020.
Grigoleit/Herresthal, BGB Allgemeiner Teil, 4. Aufl., 2021.
Köhler, Prüfe dein Wissen, BGB, Allgemeiner Teil, 29. Aufl., 2021.
Lindacher/Hau, Fälle zum Allgemeinen Teil des BGB, 7. Aufl., 2021.
Marburger, Klausurenkurs BGB – Allgemeiner Teil, Fälle und Lösungen nach höchst-richterlichen Entscheidungen, 8. Aufl., 2004.
Martinek/Omlor, Grundlagen-Fälle zum BGB für Anfänger – Die Wilhelm-Busch-Fälle, 4. Aufl., 2021.
Riehm, Examinatorium BGB Allgemeiner Teil, 2015.
Säcker/Mohr, Fallsammlung zum BGB Allgemeiner Teil mit Verbindungslinien zum Schuld- und Sachenrecht, 2010.
Schack/Ackmann, Das Bürgerliche Recht in 100 Leitentscheidungen, 7. Aufl., 2018.

Kommentare zum BGB

- Bamberger/Roth/Hau/Poseck* (und Bearbeiter), Kommentar zum BGB (BeckOK BGB), 4. Aufl. 2019ff.
Erman (und Bearbeiter), Handkommentar zum BGB, 16. Aufl., 2020.
Grüneberg (und Bearbeiter) (vormals *Palandt*), BGB, 81. Aufl., 2022.
Handkommentar zum BGB, 11. Aufl., 2022 (zit. Hk-BGB und Bearbeiter).
Historisch-kritischer Kommentar zum BGB, Bd. I, Allgemeiner Teil, 2003.
Jauernig (und Bearbeiter), BGB, 18. Aufl., 2021.
Jacoby/ von Hinden (und Bearbeiter), Studienkommentar BGB, 17. Aufl., 2020.
Juris Praxiskommentar (und Bearbeiter), BGB, 9. Aufl., 2020ff.
Münchener Kommentar zum BGB (zit. MünchKomm und Bearbeiter), 8. Aufl., 2018ff.
Nomoskommentar (und Bearbeiter), BGB, 4. Aufl., 2021.
Prütting/Wegen/Weinreich (zit. PWW und Bearbeiter), BGB, 17. Aufl., 2022.
RGRK (und Bearbeiter), BGB, 12. Aufl., 1975 ff.
Soergel (und Bearbeiter), BGB, 13. Aufl., 1999 ff., teils 14. Aufl. 2021 ff.
Staudinger (und Bearbeiter), BGB, neue Bearbeitungen mit Angabe des Erscheinungsjahres.

Erläuterung der Zitierweise

Die Zitate beziehen sich auf die hier angegebenen Auflagen. Lehrbücher zum Allgemeinen Teil und Kommentare zum BGB sind nur mit den Namen der Verfasser zitiert.

Paragrafen ohne Angabe des Gesetzes sind Bestimmungen des BGB.

Einführung in das Bürgerliche Recht

1. Abschnitt: Grundlagen

§ 1 Das Bürgerliche Recht im Rahmen der gesamten Rechtsordnung

I. Recht und Rechtsquellen – nationales und europäisches Recht

1. Begriff des Rechts

Was das **Recht** seinem Wesen nach ist, wie man Recht und Unrecht unterscheidet und wie man die Wirkungsweise des Rechts zu verstehen hat – auf diese Grundfragen gibt es keine kurzen, einfachen Antworten. Rechtsphilosophie, Rechtstheorie und Rechtssoziologie bieten hierzu vielfältige, freilich niemals abschließende Erkenntnisse. Rechtsgeschichte und Rechtsvergleichung zeigen uns das Recht in mannigfachen Erscheinungsformen und als Gegenstand eines ständigen Entwicklungsprozesses. Im Rahmen dieser Einführung in das deutsche Bürgerliche Recht kann von einer recht groben Begriffsbestimmung ausgegangen werden. 1

Definition:

Das Recht ist die für alle verbindliche, nach Gerechtigkeit strebende Ordnung des menschlichen Zusammenlebens in einem konkreten Gemeinwesen.

2. Die staatliche Rechtsordnung

Das angesprochene Gemeinwesen ist dabei in erster Linie der (nationale) **Staat**, 2 so dass bei der Beschäftigung mit dem geltenden Recht sehr schnell der Blick auf die in einem Staat – hier in der Bundesrepublik Deutschland – geltende Rechtsordnung gelenkt wird. Sie wird durch geschriebenes Recht (vor allem staatliche Gesetze und Verordnungen), aber auch durch die Rechtsprechung

und zum Teil auch durch Gewohnheitsrecht¹ bestimmt. Diese Erscheinungsformen des geltenden Rechts werden als **Rechtsquellen** bezeichnet.

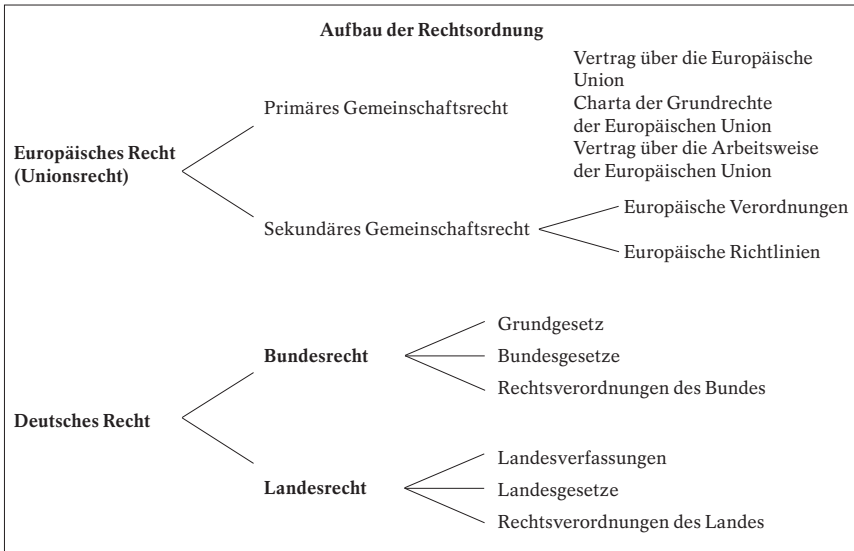
- 3 Bei näherem Zusehen erweist sich heute das System der geschriebenen (gesetzten) Rechtsquellen (man bezeichnet sie auch als **positives Recht**) als vielschichtiges Gebilde. In der Bundesrepublik Deutschland als einem Bundesstaat ist neben dem **Bundesrecht** auch das Recht der einzelnen Bundesstaaten, also das **Landesrecht**, zu beachten. Auf dem Gebiet des Bürgerlichen Rechts ist dies jedoch von geringer Bedeutung, denn hier können die Länder nur insoweit eigenes Recht erlassen, als das Bundesrecht einen Vorbehalt zugunsten des Landesgesetzgebers enthält, näher s. § 3 Rn. 12 f.

3. Das Europäische Recht (Unionsrecht)

- 4 Erhebliche und ständig zunehmende Bedeutung besitzt neben, genauer über dem staatlichen Recht das – supranationale – Recht der **Europäischen Union** (EU). Das Unionsrecht, für das sich die Bezeichnung Europäisches Recht² eingebürgert hat, besitzt Vorrang vor dem staatlichen Recht. Dies gilt sowohl für das **Primärrecht** der EU, d. h. den Vertrag über die Europäische Union (EUV), die Charta der Grundrechte der Europäischen Union und den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV), als auch für das **sekundäre Unionsrecht**, d. h. für die von der EU gesetzten Rechtsnormen. Zu diesen Gesetzgebungsakten der Union gehören insbesondere die **Europäischen Verordnungen** und die **Europäischen Richtlinien**. Näher zu den Wirkungen des Europäischen Rechts und seiner Bedeutung im Bereich des Bürgerlichen Rechts s. § 4 Rn. 15 ff.

1 Gewohnheitsrecht erfordert eine ständige tatsächliche Übung und die Überzeugung, dass es sich dabei um die Befolgung von Recht handelt; näher, auch zur Aufhebung von Gewohnheitsrecht, BGH NJW 2014, 387, 388 f. Es kann nur als Rechtsquelle allgemeiner Art, nicht beschränkt auf ein konkretes Rechtsverhältnis (etwa zwischen einzelnen Grundstücksnachbarn) entstehen, BGH JZ 2020, 463 (mit Anm. Roth).

2 Der Begriff Europäisches Recht kann allerdings auch in einem weiteren Sinne verstanden werden, so dass er z. B. auch die Satzung des Europarats und die Europäische Menschenrechtskonvention (beides sind völkerrechtliche Verträge) umfasst. Eine Kompetenz zur Setzung unmittelbar geltenden Rechts hat der Europarat nicht.



II. Grundrechte und Bürgerliches Recht

1. Ausgangspunkt

Das **Grundgesetz** ist **höherrangig** als das Bürgerliche Recht³, das zum sog. einfachen Gesetzesrecht gehört. Sowohl der Gesetzgeber als auch die Rechtsprechung haben die Vorgaben der Verfassung zu beachten. Wenn dem Verfassungsrecht heute größte Bedeutung für die Fortentwicklung des Bürgerlichen Rechts zukommt, so liegt dies vor allem an der modernen Interpretation der **Grundrechte**, die nicht mehr bloß als Abwehrrechte des Bürgers gegen den Staat verstanden werden, sondern denen auch Bedeutung im Bereich des Privatrechtsverkehrs, also für die Rechtsverhältnisse zwischen den Rechtssubjekten des Privatrechts, zugemessen wird. Traditionell wird dies als **mittelbare Drittwirkung der Grundrechte** bezeichnet.⁴

³ Der Begriff Bürgerliches Recht wird in diesem Abschnitt im weiteren Sinne, also gleichbedeutend mit dem Begriff Privatrecht verstanden. Näher zur Begriffsverwendung s. Rn. 17.

⁴ Von der Drittwirkung zu unterscheiden ist, dass die öffentliche Hand selbst (also Bund, Länder, Gemeinden usw.) auch dann an die Grundrechte gebunden ist, wenn sie in den Formen des Privatrechts handelt, s. Rn. 12a.

2. Die Einwirkung der Grundrechte des GG auf das Bürgerliche Recht

- 6 Die Anwendbarkeit der Grundrechte im Rahmen von Rechtsverhältnissen Privater ist durch das BVerfG immer weiter ausgedehnt worden. Das BVerfG hält zwar an der Bezeichnung als mittelbare Drittwirkung fest, aber ein Unterschied zu einer unmittelbaren Wirkung der Grundrechte auch im Privatrecht ist kaum noch auszumachen. Zur Begründung der Einstrahlung der Grundrechte in das Privatrecht⁵ werden verschiedene Wege beschritten, die freilich nicht scharf voneinander abgegrenzt werden können. Der eine Weg bringt die Grundrechte im Rahmen der Auslegung von Generalklauseln und wertungsbedürftigen Begriffen zur Geltung. Eine andere Begründung setzt bei den Schutzpflichten des Staates an, denen auch die Rechtsprechung bei der Anwendung des Privatrechts genügen müsse. Ein dritter Begründungsansatz sieht in „spezifischen Konstellationen“, insbesondere bei Eröffnung des Privateigentums für die Öffentlichkeit, einen Grund zur Aktivierung der Grundrechte im Verhältnis zwischen Privaten.
- 6a Der ältere Weg holt die Grundrechte ins Privatrecht, in dem er sie als Ausdruck einer **objektiven Wertordnung** versteht, die bei der Auslegung des Privatrechts zu beachten ist.⁶ Dies gilt insbesondere bei der Anwendung der zivilrechtlichen Generalklauseln wie § 138 (Nichtigkeit sittenwidriger Rechtsgeschäfte) oder § 242 (Grundsatz von Treu und Glauben). In seiner neueren Rechtsprechung betont das BVerfG jedoch, dass sich der Einfluss der Grundrechte auf die Auslegung und Anwendung der zivilrechtlichen Normen nicht auf die Generalklauseln beschränkt, sondern sich auf alle auslegungsfähigen und wertungsbedürftigen Tatbestandsmerkmale der zivilrechtlichen Vorschriften erstreckt.⁷ Zur Bedeutung der Grundrechte im Rahmen des § 138 s. § 20 Rn. 32. Anders als im Verhältnis zum Staat sind aber bei der Anwendung im Privatrechtsverkehr regelmäßig Grundrechte auf beiden Seiten zu beachten, so dass eine **Abwägung** unumgänglich ist.⁸
- 6b An die Lehre von der objektiven Wertordnung anknüpfend wird aus den Grundrechten die Verpflichtung des Staates entnommen, den objektiven Ge-

5 BVerfGE 152, 152 = NJW 2020, 300 Rn. 76.

6 Grundlegend BVerfGE 7, 198 (Lüth-Urteil). – Näher zur Bedeutung der Grundrechte als Elemente objektiver Ordnung Zippelius/Würtenberger, Deutsches Staatsrecht, 33. Aufl. (2018), § 17 Rn. 18ff.; Kingreen/Poscher, Grundrechte Staatsrecht II, 38. Aufl. (2020), Rn. 111ff.

7 Die Beschränkung auf wertungsbedürftige Normen findet sich z. B. in BVerfG NJW 2020, 1282 Rn. 34; NJW 2022, 380 Rn. 95. Noch allgemeiner spricht das BVerfG aber auch von allen auslegungsbedürftigen Tatbestandsmerkmalen der zivilrechtlichen Vorschriften, BVerfGE 129, 78 Rn. 86 = NJW 2011, 3428; BVerfGE 142, 74 = NJW 2016, 2247 Rn. 82; BVerfG NJW 2021, 1939 Rn. 18.

8 Als neueres Beispiel BVerfG NJW 2020, 1282 Rn. 47 (Verfassungswidrigkeit des Verbots des Mitführens eines Blindenhundes beim Durchgang durch Räumlichkeiten einer Arztpraxis, um eine andere Praxis zu erreichen).

halt der Grundrechte durch die Gestaltung der Rechtsordnung zu sichern,⁹ und zwar auch im Privatrechtsverkehr. Diese **Schutzpflichtlehre** appelliert zunächst an den Gesetzgeber¹⁰ und dient der Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit auch privatrechtlicher Normen. Den Schutzpflichten des Staates hat aber auch die Rechtsprechung, die nach Art. 1 Abs. 3 GG unmittelbar an die Grundrechte gebunden ist, bei der Auslegung und Anwendung der einfachgesetzlichen Rechtssätze des Privatrechts Rechnung zu tragen. Die „mittelbare Drittwirkung“ der Grundrechte lässt sich daher auch mit der Schutzpflichtlehre begründen,¹¹ die von der (älteren) „Einwirkungslehre“ kaum noch zu unterscheiden ist.¹²

Eine neuere Entwicklung kann man in der Aktivierung der Grundrechte für „spezifische Konstellationen“¹³ sehen. Es geht dabei um privatrechtliche Tätigkeiten, die – in einem allerdings sehr weit zu verstehenden Sinne – eine gewisse Vergleichbarkeit mit staatlichem Handeln oder jedenfalls einen besonderen Bezug zur Öffentlichkeit aufweisen. Hier ist zunächst die **Fraport-Entscheidung** des BVerfG¹⁴ zu nennen. Darin wurde die Geltung des Grundrechts der Versammlungsfreiheit (Art. 8 GG) auch für die Räume des Frankfurter Flughafens bejaht, obwohl dieser nicht im Eigentum des Staates, sondern der Fraport-AG stand. Die Grundrechtsgeltung wurde in diesem Urteil noch damit begründet, dass es sich bei dem Träger des Flughafens um ein von der öffentlichen Hand kraft einer Aktienmehrheit von 70 Prozent beherrschtes, sog. gemischtwirtschaftliches Unternehmen handelte. Dass aber der entscheidende Grund in der Eröffnung eines allgemein zugänglichen öffentlichen Forums lag, wurde in der späteren **Flashmob-Entscheidung** deutlich.¹⁵ Hier stand ein öffentlich zugänglicher Platz im Eigentum einer KG ohne staatliche Beteiligung. Auf diesem Platz wollte der Initiator eine Versammlung namens „Bierdosen-Flashmob für die Freiheit“ durchführen, bei der die Versammlungsteilnehmer auf Kommando jeweils eine Dose Bier öffnen und diese schnellstmöglich leer trinken sollten. Das Verbot dieser Aktion durch die KG hatten die ordentlichen Gerichte gebilligt. Das BVerfG sah dies anders und billigte dem Veranstalter ein Recht zur Durchführung der Versammlung einschließlich des Konsums von einer Dose Bier je Veranstaltungsteilnehmer zu. Entscheidend für die Grundrechtsgeltung

6c

⁹ Allgemein zu den Schutzpflichten des Staates Zippelius/Würtenberger (Fn. 6), § 17 Rn. 28 ff.; Kingreen/Poscher (Fn. 6), Rn. 133 ff.

¹⁰ Dazu aktuell BVerfG NJW 2022, 380 (Schutz behinderter Menschen bei pandemiebedingter Triage).

¹¹ Dazu Voßkuhle, Zur Einwirkung der Verfassung auf das Zivilrecht, FS Stürner, Bd. I (2013), S. 79, 84 ff.

¹² Nach MünchKomm/Säcker, Bd. I, Einl. Rn. 60 ff., 67 handelt es sich im Wesentlichen nur noch um ein Formulierungsproblem.

¹³ So die Formulierung in BVerfGE 148, 267 = NJW 2018, 1667 Rn. 38.

¹⁴ BVerfGE 128, 226 = NJW 2011, 1201.

¹⁵ BVerfG NJW 2015, 2485.

war nach Ansicht des BVerfG, dass der Versammlungsort für den Publikumsverkehr offen war und einen Raum des Flanierens, des Verweilens und der Begegnung bildete, der dem Leitbild des öffentlichen Forums entsprach.¹⁶ Da diese Entscheidung im Wege einer einstweiligen Anordnung erging, blieb die genauere Abwägung zwischen dem Grundrecht der Versammlungsfreiheit und dem Grundrecht des Eigentums offen.

6d In ähnlicher Weise gab in der **Stadionverbot-Entscheidung**¹⁷ die Durchführung öffentlicher Veranstaltungen den Anlass für die Grundrechtsanwendung im Privatrecht. Es ging um ein bundesweites Stadionverbot, das ein Fußballverein für die Dauer von zwei Jahren gegen den Beschwerdeführer verhängt hatte. Das BVerfG betonte, aus der allgemeinen Handlungsfreiheit (Art. 2 GG) und dem Gleichbehandlungsgebot (Art. 3 Abs. 1 GG) könnten im Regelfall keine Schranken für die Ausübung der Rechte hergeleitet werden, die sich aus dem Eigentum des Stadionbetreibers (Art. 14 GG) ergeben. Dem kann man (jedenfalls als Privatrechtler) nur zustimmen – was bliebe sonst noch von der Privatautonomie übrig! Neuland beschritt das BVerfG aber mit der These, gleichheitsrechtliche Anforderungen für das Verhältnis zwischen Privaten könnten sich aus Art. 3 Abs. 1 GG „für spezifische Konstellationen“ ergeben. Die entscheidende Besonderheit sah das BVerfG darin, dass es um den Ausschluss von Veranstaltungen gehe, die vom Veranstalter einem großen Publikum ohne Ansehen der Person geöffnet würden und die für die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben von erheblicher Bedeutung seien. Wer solche Veranstaltungen ins Werk setze, übernehme, so das BVerfG, auch eine besondere rechtliche Verantwortung. Daher sei die Bestimmungsmacht des Eigentümers als Hausrechtsinhaber mit der „Ausstrahlungswirkung“ des Gleichbehandlungsgebots (Art. 3 Abs. 1 GG) in Ausgleich zu bringen. Aus dem Gleichbehandlungsgebot leitete das BVerfG auch verfahrensrechtliche Anforderungen (Sachverhaltsaufklärung, Anhörung des Betroffenen, Begründung der Entscheidung) her, die im Bürgerlichen Recht allein keine Grundlage finden würden.¹⁸ Dass die Verfassungsbeschwerde gleichwohl ohne Erfolg blieb, sei am Rande vermerkt.

6e Eine „spezifische Konstellation“, die zu gleichheitsrechtlichen Anforderungen für das Verhältnis zwischen Privatpersonen führt, wird, wie auch der BGH¹⁹ klar stellte, nicht allein dadurch geschaffen, dass eine Örtlichkeit für den Publikumsverkehr ohne Ansehen der Person geöffnet wird, sondern nur dann, wenn die Verweigerung des Zutritts für den Betroffenen in erheblichem Um-

16 BVerfG NJW 2015, 2485 Rn. 5f. verwies dabei auf die Fraport-Entscheidung, ohne deren Begrenzung der Grundrechtsanwendung auf ein gemischtwirtschaftliches Unternehmen auch nur zu erwähnen. – Die Durchführung der Versammlung kann man bei YouTube ansehen.

17 BVerfGE 148, 267 = NJW 2018, 1667.

18 Kritisch zu dieser Entscheidung Hellgardt JZ 2018, 901; Michl JZ 2018, 910.

19 BGH NJW 2020, 3382 Rn. 17.

fang über die **Teilnahme am gesellschaftlichen Leben** entscheidet. Da diese Voraussetzung nicht erfüllt ist, wird der private Betreiber eines Wellness-Hotels²⁰ oder einer Therme mit Saunabereich²¹ durch Art. 3 Abs. 1 GG nicht daran gehindert, von seinem Hausrecht Gebrauch zu machen und jemanden aus politischen Gründen den Zutritt zu verwehren.

Die Beschränkung der staatsgleichen Grundrechtsbindung auf besondere, mit staatlichem Handeln wenigstens entfernt vergleichbare private Tätigkeiten wurde aber durch den BGH²² in der **Facebook-Entscheidung** im Ergebnis aufgegeben. Es ging um die Frage, ob das Grundrecht der Meinungsfreiheit (Art. 5 Abs. 1 Satz 1 GG) den Anbieter eines sozialen Netzwerks daran hindert, in seinen AGB Kommunikationsstandards vorzugeben und sich das Recht vorzubehalten, bei Verstößen einzelne Beiträge zu entfernen oder den Zugang zum Netzwerk zu sperren. Der BGH (Urteil Rn. 59) verneinte hier eine dem Staat vergleichbare Pflichten- oder Garantienstellung des Netzbetreibers und aktivierte die Grundrechte im Rahmen der Generalklausel des § 307 Abs. 1 Satz 1 (Unwirksamkeit von AGB-Bestimmungen, die den Vertragspartner des Verwenders unangemessen benachteiligen). Dies führte zu einer umfassenden Abwägung der beiderseitigen Grundrechtspositionen, insbesondere dem Grundrecht der Meinungsfreiheit auf der Seite des Nutzers und der Berufsausübungsfreiheit (Art. 12 Abs. 1 Satz 1 GG) auf der anderen Seite, die grundsätzlich zugunsten des Netzbetreibers ausfiel (Urteil Rn. 78). Doch ließ es der BGH dabei nicht bewenden. Er stellte nun dieselben verfahrensrechtlichen Anforderungen (Notwendigkeit, das Vorliegen eines sachlichen Grundes für die Maßnahme des Netzbetreibers unter Anhörung des Betroffenen aufzuklären), die aus der Stadion-Entscheidung des BVerfG bekannt sind (Urteil Rn. 83 ff.). Der Netzbetreiber muss den Sachverhalt möglichst sorgfältig ermitteln und daher den Nutzer über die Entfernung eines Beitrags und eine beabsichtigte Sperrung seines Nutzerkontos umgehend informieren, ihm den Grund dafür mitteilen und eine Möglichkeit zur Gegenäußerung einräumen. Ist ein solches verbindliches Verfahren in den AGB nicht vorgesehen, so sorgen diese nicht für einen interessengerechten Ausgleich der kollidierenden Grundrechtspositionen und sind daher gemäß § 307 Abs. 1 Satz 1 unwirksam (Urteil Rn. 93).

6f

20 BVerfG NJW 2019, 3769.

21 BGH NJW 2020, 3382.

22 BGHZ 230, 347 = NJW 2021, 3179.

3. Die Bedeutung der Urteilsverfassungsbeschwerde

- 7 Der große praktische Einfluss des Grundgesetzes, insbesondere der Grundrechte, auf die Entwicklung des Privatrechts beruht nicht zuletzt auf den weitreichenden **verfahrensrechtlichen Kompetenzen des BVerfG**, das nicht nur dazu berufen ist, Gesetze auf ihre Verfassungsmäßigkeit zu kontrollieren, sondern das aufgrund von Verfassungsbeschwerden auch die Akte der konkreten Rechtsanwendung, insbesondere rechtskräftige Urteile, auf Verletzungen von Grundrechten zu überprüfen hat.

4. Die Europäischen Grundrechte und das Bürgerliche Recht

- 7a Wengleich in diesem Lehrbuch in die vielschichtige Problematik der Grundrechtswirkung im Privatrecht nur ein erster Einblick geboten werden kann, soll eine weitere Dimension nicht verschwiegen werden. Es geht um die Bedeutung der Grundrechte, die sich in der **Charta der Grundrechte der Europäischen Union** finden. Hier stellt sich zunächst die Frage, unter welchen Voraussetzungen diese Europäischen Grundrechte oder die Grundrechte des Grundgesetzes anzuwenden sind. Es kommt dabei auf den Grad der Europäisierung des jeweiligen Rechts an. Bei der Anwendung unionsrechtlich vollständig vereinheitlichter Regelungen sind nach Ansicht des BVerfG²³ in aller Regel nicht die Grundrechte des GG, sondern allein die Unionsgrundrechte maßgebend. Soweit dagegen innerstaatliches Recht gilt, das nicht vollständig vom Unionsrecht determiniert wird, zieht das BVerfG²⁴ primär die Grundrechte des GG als Prüfungsmaßstab heran.
- 7b Soweit die Grundrechte der Union anzuwenden sind, stellt sich ebenfalls die Frage nach ihrer Geltung in Rechtsverhältnissen des Privatrechts. Es gibt hier zwar keine Lehre von der mittelbaren Drittwirkung wie im deutschen Recht, aber man bejaht eine ähnliche Wirkung, da auch die Europäischen Grundrechte „einzelfallbezogen in das Privatrecht hineinwirken“.²⁵

5. Bewertung

- 8 Die Entscheidungen des BVerfG haben in vielen Fällen zur Weiterentwicklung des Privatrechts beigetragen, zuweilen auch, indem sie eingefahrenen, um nicht zu sagen verkrusteten Denkweisen der Zivilgerichte neue Impulse entgegengesetzten. Als Beispiel sei die Rechtsprechung des BVerfG zur Übernahme

23 BVerfGE 152, 216 = NJW 2020, 314 Rn. 42 ff.

24 BVerfGE 152, 152 = NJW 2020, 300 Rn. 42.

25 BVerfGE 152, 216 = NJW 2020, 314 Rn. 96 f.; BGH NJW 2020, 3436 Rn. 25.

von Bürgschaften durch vermögenslose Angehörige des Schuldners erwähnt (näher s. § 20 Rn. 32f.). Auf der anderen Seite ist mit der Aktivierung der Grundrechte in privaten Rechtsverhältnissen, die stets eine Abwägung konkurrierender Positionen erforderlich macht, auch ein Verlust an Rechtssicherheit verbunden. Die Gefahr einer Überkonstitutionalisierung des Privatrechts²⁶ ist nicht von der Hand zu weisen. Daher sollte auch die Eigenständigkeit des Privatrechts gegenüber dem Verfassungsrecht beachtet und das Verhältnis zwischen BGB und GG nicht als Einbahnstraße, sondern als Wechselwirkung verstanden werden.

III. Privatrecht und Öffentliches Recht

1. Gleichordnung und Unterordnung

Kauft jemand einen Anzug, mietet er eine Wohnung oder nimmt er eine Stelle in einem Unternehmen an, so begegnet er seinem Partner – dem Verkäufer, Vermieter, Arbeitgeber – auf der Ebene der **Gleichordnung**. Das gilt jedenfalls rechtlich gesehen; ob von den wirtschaftlichen Gegebenheiten her und damit in tatsächlicher Hinsicht von einer Gleichrangigkeit gesprochen werden kann, steht auf einem anderen Blatt. Erst durch den Vertragsschluss werden gegenseitige Rechte und Pflichten begründet, der Anspruch auf Lieferung der gekauften Sache etwa und die Pflicht zur Zahlung des Kaufpreises, um beim Kaufvertrag als dem einfachsten Beispiel zu bleiben. Solche Rechtsbeziehungen zwischen den Bürgern regelt das Privatrecht, und dessen typische Erscheinungsform ist der **Vertrag**, also z.B. der Kaufvertrag, Mietvertrag oder Arbeitsvertrag. Der **Anspruch** ist die wichtigste Rechtsfolge des Privatrechts. Er besteht nach der Legaldefinition in § 194 Abs. 1 in dem Recht, von einem anderen ein Tun oder Unterlassen zu verlangen. Eine Vorschrift, aus der sich ein Anspruch ergibt (z.B. § 433 Abs. 2) bezeichnet man als **Anspruchsgrundlage**.

Definition:

Ein Anspruch ist das Recht, von einem anderen ein Tun oder Unterlassen zu verlangen

Der Staat dagegen tritt dem Bürger oft als Fordernder gegenüber, ohne auf dessen Zustimmung angewiesen zu sein. Der Bürger muss Steuern zahlen, polizeilichen Anordnungen folgen, vielleicht auch die Enteignung eines Grundstücks über sich ergehen lassen, auch wenn er damit nicht einverstanden ist. Er ist der

²⁶ Dazu, unter Verwendung dieses Begriffs, Voßkuhle (Fn. 11), S. 89ff., der auch auf die vom BVerfG beschrittenen Wege zur Vermeidung einer solchen Überkonstitutionalisierung hinweist.

hoheitlichen Gewalt unterworfen, die dem Staat und seinen Organen (vor allem den Verwaltungsbehörden) nach den einschlägigen Gesetzen etwa des Steuerrechts, des Polizeirechts oder des Enteignungsrechts usw. zukommt. Hier geht es um öffentliches Recht. Die typische Handlungsform des Staates zur Regelung des Einzelfalles ist dabei der **Verwaltungsakt**.²⁷ Auch das Strafrecht gehört in diesen Bereich – kaum irgendwo wird die Unterordnung deutlicher als wenn der Bürger mit einer Geld- oder gar Freiheitsstrafe belegt wird – wobei freilich im Regelfall erst das gerichtliche Urteil im Rahmen eines Strafprozesses die konkrete Strafe auszusprechen vermag. Auch das Prozessrecht selbst – sei es das Straf- oder das Zivilprozessrecht – ist dem öffentlichen Recht zuzuordnen, regelt es doch das Verhältnis der Prozessbeteiligten zum Gericht als hoheitlich tätigem Organ des Staates.

	Recht	
	Öffentliches Recht	Privatrecht
Kennzeichen:	Über- und Unterordnung	Gleichordnung
Wichtigste Handlungsform:	Verwaltungsakt	Vertrag

2. Abgrenzung zwischen Öffentlichem Recht und Privatrecht

a) Bedeutung

- 11 Wie man öffentliches Recht und Privatrecht im Einzelnen voneinander abgrenzt, darüber gehen die Meinungen auseinander. Die Frage ist keineswegs nur von theoretischer Bedeutung. In der Bundesrepublik Deutschland ist sie für die Wahl des richtigen **Zweiges der Gerichtsbarkeit** (des **Rechtsweges**) wesentlich. Die ordentlichen Gerichte²⁸ sind nach § 13 GVG für Zivilsachen (d. h. für die bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, die Familiensachen und die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit) zuständig. Dagegen ist bei öffentlich-rechtlichen Streitigkeiten in der Regel der Weg zu den Verwaltungsgerichten (§ 40 Abs. 1 Satz 1 VwGO) bzw. den Finanz- oder Sozialgerichten gegeben. Hier gewinnt die Abgrenzung große praktische Bedeutung, und es hat sich

²⁷ Gleichwohl gibt es auch öffentlich-rechtliche Verträge, auch im Verhältnis zwischen Staat und Bürger, s. §§ 54 ff. VwVfG.

²⁸ Das sind nach § 12 GVG die Amtsgerichte, Landgerichte, Oberlandesgerichte und der Bundesgerichtshof.

Sachregister

Die fett gedruckten Zahlen bezeichnen den Paragraphen der Gliederung, die weiteren (mageren) Zahlen die Randnummern.

- Abfindungsausschluss **20**, 27
Abgabe der Willenserklärung **12**, 7ff.
Abhanden gekommene Sachen **7**, 23, 44
Abhanden gekommene Willenserklärung **12**, 8
Ablaufhemmung **35**, 24
Abschluss eines Vertrages **14**, 1ff.
Abschlussfreiheit **6**, 1ff.
Abschlussvermittler **22**, 13
Absolutes Recht **7**, 36f.; **9**, 4; **35**, 3
Absolutes Veräußerungsverbot **20**, 12
Abstraktionsprinzip **8**, 5ff.; **20**, 36; **21**, 3
Abwehrklauseln gegen AGB **14**, 60
Accidentalia negotii **14**, 52
Adelsbezeichnungen **33**, 1
Aggressivnotstand **36**, 10
Aktewissen **25**, 9
Aktiengesellschaft **23**, 6; **31**, 3
Aktive Stellvertretung **22**, 2
Allgemeine Deutsche Wechselordnung **2**, 7
Allgemeine Geschäftsbedingungen **6**, 13; **14**, 56ff.; **29**, 5
Allgemeiner Gerichtsstand **34**, 1
Allgemeines Deutsches Handelsgesetzbuch **2**, 7
Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz **6**, 3ff.
Allgemeines Landrecht **2**, 5
Allgemeines Persönlichkeitsrecht **4**, 11; **33**, 8
Alltagsgeschäfte mit niedrigem Wert **11**, 19f.
Altensvorsorgevollmacht **24**, 14
Amtsempfangsbedürftige Willenserklärung **12**, 2
Amtspflichtverletzung **1**, 12
Analogie **5**, 12ff.
Änderungsfreiheit **6**, 14a f.
Änderungskündigung **29**, 14
Anfechtbarkeit **18**, 1ff.
Anfechtung
– bei Stellvertretung **25**, 13, 17
– der Vollmacht **24**, 37ff.
– wegen arglistiger Täuschung **19**, 1ff.
– wegen Drohung **19**, 16ff.
– wegen Irrtums **18**, 4ff.
– wegen unrichtiger Übermittlung **18**, 46ff.
Anfechtungserklärung **18**, 50ff.; **19**, 22
Anfechtungsfrist **18**, 53f.; **19**, 23f.
Anfechtungsgegner **18**, 50
Angebot **14**, 2ff.
Angriff **36**, 4
Angriffsnotstand **36**, 10
Annahme **14**, 14ff.
– durch Schweigen **14**, 26f.
– ohne Zugang der Annahmeerklärung **14**, 21ff.
Annahmefrist **14**, 16ff.; **17**, 24
Anscheinsvollmacht **24**, 35f.
Anspruch (Begriff) **1**, 9
Anspruchsgrundlage **1**, 9
Anspruchskonkurrenz **9**, 3
Anstandsgefühl **9**, 15; **20**, 20
Antrag **14**, 2ff.
Anwaltshonorar (Sittenwidrigkeit) **20**, 37, 41
Anwartschaftsrecht bei Eigentumsvorbehalt **4**, 10; **29**, 20
Arbeitgeberverband **31**, 15
Arbeitnehmer als Verbraucher **10**, 31b
Arbeitsrecht **1**, 20
Arbeitsvertrag **1**, 22
– Anfechtung **18**, 58; **19**, 9, 26
Architekten- und Ingenieurvertrag **4**, 6

- Arglist 19, 3f.
 Arglistische Täuschung 19, 1ff.
 – bei Stellvertretung 25, 17
 Argumentum e contrario 5, 15
 Arten der Willenserklärungen 12, 1ff.
 Aufforderung zum Vertragsangebot 14, 5ff.
 Aufhebungsfreiheit 6, 14a f.
 Aufklärungspflichten 6, 42ff.
 Auflassung 7, 26; 16, 19
 Auflösende Bedingung 29, 11
 Aufnahme in einen Verein 31, 48
 Aufschiebende Bedingung 29, 6ff.
 Auftragsbestätigung 14, 29
 Ausbildungsvertrag (bei beschränkter Geschäftsfähigkeit) 11, 66, 76ff.
 Ausfall der Bedingung 29, 9
 Ausfertigung 16, 17 (Fn. 19)
 Ausländischer Name 33, 5, 5a, 6b
 Auslegung
 – von automatisierten Erklärungen 14, 41a
 – von Gesetzen 5, 3ff.
 – von Willenserklärungen und Verträgen 15, 1ff.; 18, 7
 Auslegungsmethoden (Gesetzesauslegung) 5, 5ff.
 Ausschluss aus einem Verein 31, 49f.
 Ausschlussfristen 35, 4
 Außenverhältnis bei Vollmacht 24, 18ff.
 Außenvollmacht 24, 1
 Außerhalb von Geschäftsräumen geschlossener Vertrag 10, 4, 33, 37f.; 13, 7, 10, 14ff., 24, 28; 26, 11
 Austauschvertrag 6, 17
 Automat 14, 64f.
 Automatisierte Willenserklärung 10, 21; 14, 41a
 Autonome Systeme 10, 21a; 18, 13a
- Badisches Landrecht 2, 5
 Bauträgervertrag 4, 6
 Bauvertrag 4, 6; 16, 9, 13
 Bearbeitungshinweise 39, 1ff.
 Bedingung 29, 1ff.
 Bedingungsfeindlichkeit 29, 13f.
 Bedingungsfreundlichkeit 29, 12
 Beendigung des Vereins 31, 51
- Beförderungsvertrag 11, 7
 Befristetes Rechtsgeschäft 29, 21f.
 Beginn der Rechtsfähigkeit 30, 6f.
 Beglaubigung 16, 14f.
 Begleitschaden 6, 43
 Behandlungsvertrag 4, 6; 11, 11
 Beiderseitiger Motivirrtum 15, 27; 18, 24
 Beiderseits interessengerechte Auslegung 15, 17
 Belehrung über Widerrufsrecht 13, 15, 17, 26
 Berechnung von Fristen 37, 1ff.
 Bereicherungsrecht 8, 9ff.; 20, 37
 Beschluss 10, 8
 Beschränkte Geschäftsfähigkeit 11, 24ff.
 – des Erklärungsempfängers 12, 32ff.
 – des Stellvertreters 22, 29; 26, 17, 31
 Beschränkte Rechtsfähigkeit 30, 9
 Beseitigungsanspruch des Eigentümers 7, 12
 Besitz 7, 1ff.
 Besitzdiener 22, 5
 Besitzkonstitut 7, 20
 Besitzmittlungsverhältnis 7, 20
 Bestandteile 38, 9ff.
 Bestätigung
 – eines anfechtbaren Rechtsgeschäfts 21, 17ff., 28
 – eines nichtigen Rechtsgeschäfts 21, 20ff.
 Bestimmtheit des Angebots 14, 2f.
 Betagte Forderung 29, 22
 Betreuer 23, 5
 Beurkundung 16, 16ff., 35
 Bewegliche Sachen 38, 5
 Beweis 1, 25
 Bewusst verfälschte Erklärung 18, 48
 Bewusste Willensmängel 17, 1ff.
 Bewusstlosigkeit 11, 21
 BGB-Gesellschaft 30, 4; 31, 5ff.
 Bindung
 – an das Angebot 14, 10ff.
 – an Verträge 10, 3
 Bindungswille 14, 5ff.
 Blanketterklärung 18, 17; 24, 8
 Bote 22, 10ff.
 Bruchteilsgemeinschaft 31, 8
 Buchersitzung 35, 3

- Bundesrecht **1, 3; 3, 12**
 Bundesverfassungsgericht **1, 6 ff.**
 Bürgerliches Recht (Begriff) **1, 17**
 Bürgerschaft **20, 32 ff., 53**
 – auf erstes Anfordern **15, 34**
 – Vollmacht **24, 8**
 Button-Lösung **4, 6a; 14, 39 f.**
- Chat **12, 29**
 Code civil **2, 5**
 Codex Maximilianeus Bavaricus Civilis **2, 5**
 Common Frame of Reference **4, 23**
 Corpus iuris civilis **2, 1**
 Covid-19-Pandemie **15, 27a**
 Culpa in contrahendo **4, 10; 6, 45 f.; 19, 29 f.**
 – bei Stellvertretung **25, 4, 12**
- Darlehensvermittlungsvertrag **16, 13**
 Daten **38, 2b**
 Datenschutz-Grundverordnung **11, 11d; 38, 2b**
 Datenschutzrechtliche Einwilligung **11, 11d, 33a**
 DDR **4, 12 ff.**
 Defensivnotstand **36, 9**
 Definitionen **40**
 Delikt **9, 1 ff.**
 Deliktsfähigkeit **11, 10 f.**
 Dereliktion **10, 7**
 Deutscher Bund **2, 7**
 Deutsches Reich **2, 9**
 Dienst- oder Arbeitsverhältnis
 – bei beschränkter Geschäftsfähigkeit **11, 66 f.**
- Dieselskandal **9, 17a, b; 35, 17 (Fn. 23), 20a**
 Digitale Inhalte **4, 19; 38, 2c**
 Digitale Willenserklärung **10, 22**
 Digitalisierung **4, 25; 10, 22**
 Dingliches Geschäft **21, 3**
 Direkte Stellvertretung **22, 7**
 Dispositives Recht **3, 18; 6, 10**
 Dispositivität des Schuldrechts **6, 10**
 Dissens **14, 46 ff., 50 ff.**
 Domizilwille **34, 2**
 Doppelte Schriftformklausel **16, 31**
- Doppelwirkungen **17, 29; 18, 60 (Fn. 69); 20, 52a**
 Draft Common Frame of Reference **4, 23**
 Dresdener Entwurf des Obligationenrechts **2, 8**
 Drittwirkung der Grundrechte **1, 5 ff.**
 Dritter (bei arglistiger Täuschung) **19, 10 ff.**
 Drohung **19, 16 ff.**
 Dual use **10, 31a**
 Duldungsvollmacht **24, 33 f., 46**
 – Anfechtung **24, 41**
 Durchgriffshaftung **31, 44a**
- E I **2, 10**
 E II **2, 11**
 Ehefähigkeit **11, 8**
 Eheleiche Gütergemeinschaft **31, 7**
 Ehevertrag **20, 34**
 Ehrenamtlicher Vorstand **31, 30a, 34**
 Eigenhaftung des Stellvertreters **25, 3 f., 12**
- Eigenschaft
 – einer Person **18, 38**
 – einer Sache **18, 35 ff.**
 Eigenschaftsirrtrum **18, 31 ff., 72**
 Eigentum **3, 17; 7, 1 ff.**
 Eigentumswerb
 – an beweglichen Sachen **7, 15 ff.**
 – an Grundstücken **7, 26 ff.**
 Eigentumsgarantie **7, 5 ff.**
 Eigentumsvorbehalt **28, 5; 29, 20**
 Einbeziehung von AGB in den Vertrag **14, 58 ff.**
- Einführungsgesetz zum BGB **2, 14**
 Einheitliches Rechtsgeschäft **21, 1 ff.; 24, 5**
 Einigungsvertrag **4, 14**
 Ein-Personen-GmbH **27, 10; 31, 59**
 Einrede **35, 16**
 – der Verjährung **35, 16**
 Einseitig zwingendes Recht **6, 12**
 Einseitiges Rechtsgeschäft **10, 7**
 – Bedingungsfeindlichkeit **29, 14**
 – beschränkte Geschäftsfähigkeit **11, 59 ff.**
 – Insiggeschäft **27, 2, 5**
 – Stellvertretung **24, 4; 26, 6 f., 34**

- Vertretung ohne Vertretungsmacht **26**, 6f., 34
- Eintragung in das Grundbuch **7**, 27
- Einwendung **35**, 16
- Einwilligung (Begriff) **11**, 43
- Einwilligungsfähigkeit **11**, 11ff.
- Einwilligungsvorbehalt **11**, 71
- Einzelsache **38**, 9f.
- Einzelvollmacht **24**, 11
- Einziehungsermächtigung **28**, 12, 18
- Elektronische Datenverarbeitung (Irrtumsanfechtung) **18**, 10ff.
- Elektronische Form **16**, 7ff.
- Elektronische Signatur **16**, 7
- Elektronische Willenserklärung **10**, 22; **12**, 21ff.
- Elterliche Sorge **23**, 2, 8
- E-Mail **10**, 22; **12**, 22ff.; **16**, 5
- Emotionale Abhängigkeit **20**, 33
- Empfängerhorizont **15**, 11f., 34
- Empfangsbedürftige Willenserklärung **12**, 1
- Empfangsbote **12**, 14f., 37ff.; **18**, 49; **22**, 12
- Empfangsermächtigung **22**, 12
- Empfangsvertretung **22**, 2
- Ende der Rechtsfähigkeit **30**, 11
- Entgangener Gewinn **9**, 8
- Entstehung des BGB **2**, 9ff.
- Erbengemeinschaft **31**, 7
- Erbfolge **7**, 25, 31
- Erbrecht (Überblick) **3**, 11
- Erbrechtlicher Erwerb **7**, 25, 31
- Erfolgshonorar **20**, 37
- Erfüllung **6**, 20, 22
 - einer Verbindlichkeit (Insichgeschäft) **27**, 7
- Erfüllungsgehilfe **6**, 27; **9**, 23ff.
- Erfüllungsort **34**, 1
- Erfüllungsschaden **18**, 62f., 65
- Erfundene Erklärung **18**, 48
- Ergänzende Vertragsauslegung **14**, 67; **15**, 22ff., 35
- Ergänzungspfleger **11**, 86; **23**, 4
- Erkannter Vorbehalt **17**, 3f.
- Erkenntnisverfahren **1**, 24
- Erklärter Wille **15**, 2f.
- Erklärung **10**, 14ff.
 - unter Abwesenden **12**, 5ff.
 - unter Anwesenden **12**, 28ff.
- Erklärungsbewusstsein **10**, 19; **17**, 14ff.
- Erklärungsbote **18**, 46; **22**, 12
- Erklärungsirrtum **18**, 9ff.
- Erklärungswille **10**, 19
- Erlöschen
 - der Vollmacht **24**, 17, 23ff.
 - des Anspruchs durch Erfüllung **6**, 20ff.
- Error
 - in negotio **18**, 20
 - in objecto **18**, 19
 - in persona **18**, 18
- Ersatzgeschäft (bei Umdeutung) **21**, 14
- Ersitzung **35**, 3
- Erste Kommission **2**, 10
- Erster Entwurf zum BGB **2**, 10
- Erteilung der Vollmacht **24**, 1ff.
- Erwerbsgeschäft (bei beschränkter Geschäftsfähigkeit) **11**, 65
- Essentialia negotii **14**, 2, 52
- Europäische Aktiengesellschaft **31**, 3 (Fn. 3)
- Europäische Richtlinien **1**, 4; **4**, 17; **6**, 3
- Europäische Union **1**, 4
- Europäische Verordnungen **1**, 4; **4**, 17
- Europäische wirtschaftliche Interessenvereinigung **31**, 6
- Europäischer Gerichtshof **4**, 20
- Europäisches Privatrecht **4**, 15ff.
- Europäisches Recht **1**, 4; **5**, 11
- Europäisches Zivilgesetzbuch **4**, 23
- EU-Vertrag **1**, 4
- Existenzgründung **10**, 32, 37
- Exkulpation (Haftung für Verrichtungsgehilfen) **9**, 22
- Extensive Auslegung **5**, 12
- Fachsprache **3**, 16
- Fahrlässigkeit **9**, 6
- Fallbearbeitung **39**, 1ff.
- Fälligkeit **6**, 26b; **29**, 22
- Falllösung **39**, 1ff.
- Falsa demonstratio **15**, 29; **16**, 34
- Falschbezeichnung **15**, 29ff.
- Falsus procurator **26**, 1
- Familienbürgschaft **20**, 32f.
- Familienname **33**, 2

- Familienrecht (Überblick) 3, 9f.
 Fehlen der Geschäftsgrundlage 15, 26 ff.;
 18, 24f.
 Fehlen des Erklärungsbewusstseins 17,
 14ff.
 Fehleridentität 8, 7; 18, 57
 Fernabsatzvertrag 13, 7, 10; 20, 52
 Fernunterrichtsschutzgesetz 13, 12
 Firma 33, 12
 Fiskus 31, 56
 Form 16, 1ff.
 – Arten 16, 4ff.
 – der Vollmacht 24, 3ff.
 – vereinbarte 16, 28ff.
 Formelles Recht 1, 25
 Formerfordernisse 16, 1ff.
 Formfreiheit 16, 1
 Formmangel 16, 20ff., 30f.
 – und Treu und Glauben 16, 25ff., 35
 Formularverträge 14, 56ff.
 Formvereinbarung 16, 28ff.
 Freie Körperschaftsbildung 31, 11
 Frist
 – bei Rechtsgeschäften 29, 21f.
 – Berechnung 37, 1ff.
 – zur Annahme 14, 16ff.
 Fristsetzung 10, 25
 Früchte 38, 21
- Gattungsschuld 38, 7
 Gattungsvollmacht 24, 10
 Gebrauchsvorteile 38, 21
 Geburt 30, 6f.
 Gefährdungshaftung 9, 2
 Gefälligkeitsverhältnis 9, 28; 10, 11 ff.
 Gegenseitiger Vertrag 6, 17
 Gegenstand 18, 34
 Gegenwartsbedingung 29, 3
 Geheimer Vorbehalt 17, 2ff.
 Geisteskrankheit 11, 15
 Geistesstörung 11, 21
 Geltungserhaltende Reduktion 20, 7, 35
 Gemeines Recht 2, 4f.
 Gemeinsamer Senat der Obersten
 Gerichtshöfe des Bundes 1, 16
 Genehmigung
 – Begriff 11, 43
 – beschränkte Geschäftsfähigkeit 11,
 48ff., 62f.
 – Insichgeschäft 27, 4
 – Verfügung eines Nichtberechtigten 28,
 8
 – Vertretung ohne Vertretungsmacht 26,
 4f.
 Generalklauseln 1, 6a; 3, 15
 Generalkonsens 11, 45
 Generalvollmacht 24, 10
 Gerichtlicher Vergleich 16, 18
 Gerichtshof der Europäischen Union 4,
 20
 Gerichtsstand 34, 1
 Germanisches Recht 2, 2
 Gesamthandsgemeinschaft 31, 7
 Gesamthandsprinzip 31, 5a, 5c
 Gesamtnichtigkeit 21, 6
 Gesamtvertretung (Insichgeschäft) 27, 12
 Gesamtvertretungsmacht 23, 2, 8
 Gesamtvollmacht 24, 11
 Geschäft für den, den es angeht 22, 24ff.,
 30
 Geschäftlicher Eigenschaftsirrtrum 18,
 32f.
 Geschäftsähnliche Handlungen 10, 23ff.
 Geschäftseinheit 24, 5
 Geschäftsfähigkeit 11, 1ff.
 Geschäftsgrundlage 15, 26; 18, 24f.
 Geschäftsunfähigkeit 11, 14ff.; 12, 31
 Geschäftswille 10, 20
 Gesellschaft des Bürgerlichen Rechts 10,
 31c; 30, 4; 31, 5ff.
 Gesellschaftsregister 31, 5b
 Gesellschaftsvertrag (Anfechtung) 18,
 58; 19, 26
 Gesetzesanwendung 5, 1ff.
 Gesetzeskonkurrenz 9, 3
 Gesetzesmaterialien 2, 15; 5, 8
 Gesetzesstil 3, 14
 Gesetzesübersteigende Rechtsfortbildung
 5, 14a
 Gesetzesumgehung 20, 10
 Gesetzeszweck 5, 9
 Gesetzgebungskompetenz 3, 12
 Gesetzlich verbotene Rechtsgeschäfte 20,
 1ff.
 Gesetzliche Auslegungsregeln 15, 20

- Gesetzliche Formvorschriften **16**, 2ff.
 Gesetzliche Verbote **20**, 1ff.
 Gesetzliche Vertretungsmacht **23**, 1ff.
 Gestaltungsfreiheit **6**, 9ff.
 Gestaltungsrecht **7**, 38f.; **18**, 50; **35**, 4
 Gestattung eines Insihgeschäfts **27**, 6
 Gewerkschaften **31**, 15; **32**, 2
 Gewinnzusage **10**, 25
 Gewohnheitsrecht **1**, 2; **4**, 11; **5**, 14
 Gezeugtes Kind **30**, 8f.
 Gläubigergefährdung **20**, 25a
 Globalzession **20**, 26, 36
 GmbH **23**, 6; **26**, 18; **31**, 3
 – Insihgeschäft **27**, 10
 Grammatische Auslegung **5**, 6
 Grobe Fahrlässigkeit **35**, 11 (Fn. 8)
 Große Schuldrechtsreform **4**, 4f.
 Grundbuch **7**, 26f.
 Grundfreiheiten **4**, 16
 Grundgeschäft **8**, 4
 – und Vollmacht **24**, 16ff., 24f.
 Grundgesetz **1**, 5ff.; **5**, 10
 Grundrechte **1**, 5ff., 12a; **20**, 32ff.
 Grundstück **7**, 26ff., 38, 5
 Grundstücksbestandteil **7**, 29f.; **38**, 14f.,
 26
 Grundstücksverkauf **16**, 19; **24**, 6f.
 Gründungsbeschluss **31**, 16f.
 Gründungsmängel **31**, 21
 Gutartiger Scherz **17**, 12f.
 Gutgläubiger Erwerb **7**, 21ff., 28; **28**, 6

 Haftung des Untervertreeters **26**, 24ff.
 Haftung
 – nicht eingetragener Verein **32**, 3, 8, 9f.
 – rechtsfähiger Verein **31**, 36ff., 61ff.
 – Vertreter ohne Vertretungsmacht **26**,
 8ff.
 Haftungsbeschränkung des Minderjäh-
 rigen **11**, 72f.
 Haftungsverband **38**, 18, 27
 Handeln in fremdem Namen **22**, 22ff.
 Handeln unter fremdem Namen **22**, 14ff.,
 20, 33f.; **26**, 18
 Handelsrecht **1**, 28
 Handelsvertreter **22**, 13
 Handlungsfähigkeit **11**, 10a
 Handlungsvollmacht **24**, 13

 Handlungswille **10**, 18
 Hauptvollmacht **24**, 12; **26**, 22ff.
 Haustürgeschäft s. außerhalb von
 Geschäftsräumen geschlossener
 Vertrag
 Heilung durch Erfüllung **16**, 23
 Hemmung der Verjährung **35**, 18ff., 32
 Herausgabeanspruch des Eigentümers **7**,
 10f.
 Hinauskündigung im Gesellschaftsrecht
20, 27
 Hinterbliebenengeld **9**, 10a
 Hirntod **30**, 11
 Historische Auslegung **5**, 8
 Höchstpersönliches Rechtsgeschäft **22**,
 10, 21
 Hoheitliche Gewalt **1**, 10
 Hypothetischer Parteiwille **15**, 23; **21**, 7,
 13

 Idealverein **31**, 11ff.
 Immaterialgüterrechte **7**, 37
 Immaterieller Schaden **6**, 6, 8; **9**, 7, 10
 Indifferente Geschäfte **11**, 42
 Indirekte Stellvertretung **22**, 7
 Inflationsfälle **15**, 27
 Information über das Widerrufsrecht **13**,
 15, 17, 26
 Informationen **10**, 25a; **16**, 6a
 Inhaltsirrtum **18**, 14ff.
 Inhaltskontrolle von AGB **14**, 56
 Inkrafttreten des BGB **2**, 13
 Innenverhältnis bei Vollmacht **24**, 18
 Innenvollmacht **24**, 1
 Insihgeschäft **27**, 1ff.
 Insolvenzverschleppung **20**, 25a
 Interessengerechte Auslegung **15**, 17
 Interessentheorie **1**, 13
 Internationales Privatrecht **2**, 14
 Interner Kalkulationsirrtum **18**, 26
 Internet (Vertragsschluss) **14**, 37ff.
 Internet-Auktion **10**, 32; **14**, 42ff.
 Internet-Domain **33**, 13
 Internethandel (Irrtumsanfechtung) **18**,
 10ff.
 Invitatio ad offerendum **14**, 5ff., 37f., 65
 Irrtum
 – in der Erklärungshandlung **18**, 9ff.

- über Eigenschaften **18, 31 ff.**
- über Gegenstand des Geschäfts **18, 19**
- über Person des Erklärungsgegners **18, 18**
- über Rechtsnatur des Geschäfts **18, 20**
- Irrtumsanfechtung **18, 1 ff.**
- bei nicht erkennbarer Stellvertretung **22, 27**
- einer Vollmacht **24, 37 ff.**

- Jhering **7, 34**
- Juristische Person **23, 6; 30, 3; 31, 1 ff.**
- des öffentlichen Rechts **31, 4, 56 f.**
- des Privatrechts **31, 3 ff.**
- Juristische Rechtssubjekte **30, 4a; 31, 6a**
- Justinian **2, 1**

- Kalkulationsirrtum **18, 23 ff., 71**
- Kanonisches Recht **2, 3 f.**
- Kapitalgesellschaften **31, 3**
- Kaufmännisches Bestätigungsschreiben **14, 28 f.**
- Kaufvertrag **6, 15 ff.**
- Kausalgeschäft **8, 4**
- Kausalität
- der Drohung **19, 19**
- der Täuschung **19, 5**
- des Irrtums **18, 27, 40**
- KG **30, 4; 31, 5**
- Klageerhebung **35, 21, 32**
- Knebelungsverträge **20, 25a**
- Kodifikation **3, 12**
- Kollektives Arbeitsrecht **1, 20**
- Kollision von Vertreter- und Eigengeschäft **25, 2**
- Kollusion **24, 20**
- Kommissionsgeschäft **22, 7**
- Kondiktion **8, 9**
- Kondiktionssperre **20, 37, 44 f.**
- Konkludentes Verhalten **10, 15**
- Konkurrierende AGB **14, 60**
- Konkurrierende Gesetzgebungskompetenz **3, 12**
- Konsumentenkredit **20, 41**
- Kontrahierungszwang **6, 2**
- Konvaleszenz **28, 10**
- Konversion **21, 13 ff.**
- Konzessionssystem **31, 11**

- Körper des Menschen **38, 4**
- Körperliche Gegenstände **38, 2**
- Kraftfahrzeugbrief s. Zulassungsbescheinigung
- Kundgebung einer Vollmacht **24, 29**
- Kündigungsbutton **4, 6a**

- Ladenvollmacht **24, 13**
- Landesrecht **1, 3; 3, 12 f.**
- Lasten **38, 21**
- Lediglich rechtlich vorteilhafte Geschäfte
- bei beschränkter Geschäftsfähigkeit **11, 24 ff., 76 ff., 79 ff.**
- bei Insihgeschäft **27, 9, 13**
- Legaldefinitionen **3, 14**
- Lebensrecht **2, 2**
- Leistung (Begriff) **8, 12**
- Leistungskondiktion **8, 11 f., 18 ff.**
- Leistungsort **34, 1**
- Leistungsstörungen **6, 23 ff.; 9, 23**
- Liberalismus **3, 17**
- Liquidation eines Vereins **31, 52**
- Lücke
- im Gesetz **5, 13**
- im Vertrag **15, 22 f.**

- Mahnung **6, 27; 10, 23**
- Makler **22, 13**
- Mangelidentität **8, 7**
- Marktwirtschaft **6, 19**
- Materialien zum BGB **2, 15**
- Materieller Schaden **9, 7**
- Materielles Recht **1, 25**
- Medizinische Maßnahmen **11, 11a**
- Mehrdeutigkeit von Erklärungen **14, 48**
- Mehrheit von Sachen **38, 9**
- Mehrseitiges Rechtsgeschäft **10, 7**
- Mehrstufige Vertretung **26, 22 ff.**
- Mehrvertretung **27, 1**
- Meldebehörde **34, 2**
- Methoden der Gesetzesanwendung **5, 1 ff.**
- Minderjährigenhaftung **11, 72 f.**
- Minderjährigkeit **11, 24 ff.**
- Minderung des Kaufpreises **6, 40**
- Missbrauch der Vollmacht **24, 19 ff.; 27, 18**
- Misslungenes Scheingeschäft **17, 6**

- Miteigentum 31, 8
 Miterbengemeinschaft 31, 7
 Mitgliedschaft 31, 44 ff.
 Mittelbare Drittwirkung der Grundrechte 1, 5
 Mittelbare Stellvertretung 22, 7, 19
 Mittelbarer Besitz 7, 20
 Mitwirkendes Verschulden 6, 44; 9, 11
 Modifizierte Subjektstheorie 1, 15
 Monopolstellung 6, 2; 20, 25; 31, 50
 Motive zum BGB 2, 10
 Motivirrtum 18, 5 f.
 Mugdan 2, 15
 Musterfeststellungsklage 35, 20a
 Mutmaßlicher Parteiwille 15, 23; 21, 7, 13

 Nachbarrecht 7, 9
 Nacherfüllung 6, 39
 Nachgiebiges Recht 3, 18
 Nachträgliche Unmöglichkeit 6, 30 ff., 48
 Name 33, 1 ff.
 Namensänderung 33, 5a ff.
 Namensanmaßung 33, 9, 19
 Namensbestreitung 33, 9
 Namensschutz 33, 9 ff.
 Namenstourismus 33, 5a
 Namensunterschrift 16, 12, 33
 Nasciturus 30, 8
 Naturalrestitution 9, 8
 Natürliche Person 30, 3
 Nebenpflichten 6, 42
 Nebenzweckprivileg 31, 15
 Negativer öffentlicher Glaube (Vereinsregister) 31, 31 f.
 Negatives Interesse 18, 62, 70
 Neubeginn der Verjährung 35, 25, 32
 Neue Bundesländer 4, 14
 Nicht eingetragener Verein 32, 1 ff.
 Nicht empfangsbedürftige Willenserklärung 12, 3 f.
 Nicht ernstlich gemeinte Willenserklärung 17, 12 f.
 Nicht existierende Person 22, 36; 26, 18, 32
 Nicht geborenes Kind 30, 8 f.
 Nicht gezeugte Person 30, 10
 Nicht vertretbare Sachen 38, 6 f.

 Nichtberechtigter 28, 3
 Nichtigkeit
 – Begriff 18, 1
 – aufgrund Anfechtung 18, 55 ff.
 – wegen Formmangels 16, 20 ff.
 – wegen gesetzlichen Verbots 20, 1 ff.
 – wegen Sittenwidrigkeit 20, 19 ff., 35 ff.
 – wegen Wuchers 20, 42 ff.
 Nichtwirtschaftlicher Verein 31, 13 ff.
 Niederlassung 34, 2
 Nondum conceptus 30, 10
 Notarielle Beglaubigung 16, 14 f.
 Notarielle Beurkundung 16, 16 ff., 35
 Notstand 36, 9 ff.
 Notwehr 36, 3 ff.
 Notwehrexzess 36, 7
 Numerus clausus der dinglichen Rechte 6, 9
 Nutzungen 38, 21

 Objektiver Empfängerhorizont 15, 12
 Offenbarungspflicht 19, 6 ff., 15
 Offener Dissens 14, 51 f., 67
 Offener Kalkulationsirrtum 18, 24
 Offenkundigkeitsprinzip 22, 3, 26
 Öffentliche Beglaubigung 16, 14 f.
 Öffentliche Versteuerung 7, 23
 Öffentliche Zustellung 12, 17
 Öffentlicher Glaube des Grundbuchs 7, 28
 Öffentliches Recht (Begriff) 1, 9 ff., 15
 OHG 23, 6; 30, 4; 31, 5
 Online-Postfach 12, 24
 Optionsvertrag 14, 36
 Ordentliche Gerichte 1, 11, 27
 Organe
 – des Vereins 31, 27 ff.
 – juristischer Personen 23, 6
 Organisationsmängel 31, 42
 Organtheorie 31, 29

 Pacta sunt servanda 10, 3
 Partei kraft Amtes 22, 9
 Parteifähigkeit 30, 2, 9; 32, 5
 Partielle Geschäftsfähigkeit 11, 64 ff.
 Partielle Geschäftsunfähigkeit 11, 16
 Partikularrecht 2, 4 f.
 Partnerschaftsgesellschaft 31, 6

- Passive Stellvertretung **22, 2**
 Patent- und Urheberrecht **1, 18**
 Personengesellschaft **23, 6; 30, 4; 31, 5 ff.**
 Persönlichkeitsrecht **4, 11; 33, 7 f.**
 Pfleger **23, 4**
 Pflichtverletzungen **6, 23 ff.; 9, 23**
 Politische Parteien **32, 2, 4 (Fn. 2)**
 Positive Vertragsverletzung **4, 10**
 Positives Interesse **18, 62**
 Positives Recht **1, 3**
 Postmortale Vollmacht **24, 25**
 Potentielles Erklärungsbewusstsein **17, 18**
 Potestativbedingung **29, 2, 15 f.**
 Primäres Unionsrecht **1, 4; 4, 16**
 Privatautonomie **3, 17; 10, 2**
 Privatrecht (Begriff) **1, 9 ff.**
 Privatversicherungsrecht **1, 18**
 Produkthaftungsgesetz **9, 2**
 Prokura **24, 13**
 Prostitutionsgesetz **20, 23, 23 a**
 Protokolle zum BGB **2, 11**
 Prozessfähigkeit **30, 2**
 Prozessführungsermächtigung **28, 13**
 Prozesshandlungen **12, 26; 19, 17 (Fn. 40)**
 Prozessrecht **1, 10, 23**
 Prozessvergleich **16, 18; 19, 17**
 Prozessvollmacht **24, 15**
 Pseudonym **33, 14 f.**
 Putativnotwehr **36, 7**
- Querulantenwahn **11, 16**
- Ratenlieferungsvertrag **13, 12**
 Realakt **10, 26 f., 36; 22, 4**
 Realofferte **14, 4, 8 ff.**
 Recht (Begriff) **1, 1**
 Recht am eigenen Bild **33, 8**
 Recht zur zweiten Andienung **6, 40**
 Rechtfertigungsgrund **36, 3, 9 ff.**
 Rechtlich indifferente Geschäfte **11, 42**
 Rechtliche Betreuung **11, 70 f.**
 Rechtlicher Vorteil (bei beschränkter Geschäftsfähigkeit) **11, 27 ff., 79 ff.**
 Rechtsbedingung **29, 4**
 Rechtsbindungswille **10, 11 f., 35**
 Rechtsdienstleistungsgesetz **20, 5**
- Rechtsfähige Personengesellschaften **23, 6; 31, 5 ff.**
 Rechtsfähige Stiftung **31, 53 ff.**
 Rechtsfähiger Verein **31, 10 ff.**
 Rechtsfähigkeit **11, 9; 30, 1 ff.; 32, 5**
 Rechtsfolgenirrtum **18, 21 f.**
 Rechtsfortbildung **3, 15; 4, 10 ff.; 5, 12 ff.**
 Rechtsfrüchte **38, 21**
 Rechtsgeschäft **10, 1 ff.**
 Rechtsgeschäftliche Vertretungsmacht **24, 1 ff.**
 Rechtsgeschäftliches Veräußerungsverbot **20, 15 f.**
 Rechtsgeschäftsähnliche Handlungen **10, 23 ff.**
 Rechtsmissbrauch **36, 2**
 Rechtsobjekt **30, 5**
 Rechtspolitische Grundlagen **3, 17 ff.**
 Rechtsquellen **1, 2 f.; 4, 11**
 Rechtsscheinsvollmacht **24, 28 ff.**
 – Anfechtung **24, 40**
 Rechtssubjekte **30, 3 ff.**
 Rechtsverhältnis **7, 35**
 Rechtsweg **1, 11**
 Rechtswidrigkeit **9, 5; 36, 3, 9, 10 ff.**
 – der Drohung **19, 20 f.**
 Reform des BGB **4, 1 ff.**
 Reichsgesetze **2, 9**
 Reichstagskommission **2, 12**
 Reichstagsvorlage **2, 12**
 Relative Geschäftsunfähigkeit **11, 17**
 Relatives Recht **7, 36**
 Relative Unwirksamkeit **20, 13**
 Relatives Veräußerungsverbot **20, 13 f.**
 Repräsentation **22, 3**
 Resolutivbedingung **29, 11**
 Restriktive Auslegung **5, 12**
 Rezeption des Römischen Rechts **2, 3**
 Richterrecht **4, 11**
 Richtlinienkonforme Auslegung **4, 21; 5, 11; 13, 7**
 Römisches Recht **2, 1**
 Rubelfall **18, 24**
 Rücktritt bei Sachmangel **6, 40**
 Rückwärtsfristen **37, 2**
 Rückwirkende Nichtigkeit durch Anfechtung **18, 55 ff.**

- Sachbestandteile **38**, 9ff.
 Sache **18**, 34; **38**, 1ff.
 Sachenrecht (Überblick) **3**, 7f.
 Sachfrüchte **38**, 21
 Sachmängelhaftung **6**, 37ff., **18**, 41f.; **19**, 28
 Sachsenspiegel **2**, 2
 Sächsisches BGB **2**, 5
 Sachwalterhaftung **25**, 4
 Salvatorische Klausel **21**, 10, 27
 Satzung **31**, 16
 Savigny **2**, 6
 Schaden **9**, 7
 Schadensersatz
 – statt der Leistung **6**, 32, 43, 49; **18**, 63
 – wegen Nichterfüllung **18**, 63; **26**, 8, 12
 Scheidungsvereinbarung **20**, 34
 Scheinbestandteil **38**, 13, 16f., 26
 Scheingeschäft **17**, 5ff., 21f., 29
 Schenkungsversprechen **16**, 19
 Scherzerklärung **17**, 12f.
 Schikaneverbot **36**, 1
 Schlechterfüllung **6**, 37ff.
 Schlüsselgewalt **23**, 7
 Schlüssiges Verhalten **10**, 15
 Schmerzensgeld **9**, 10
 Schmiergelder **20**, 24
 Schneeballsystem **20**, 28, 37
 Schriftform **16**, 10ff., 33
 Schuldhaftes Zögern **18**, 53
 Schuldnerverzug **6**, 26ff.
 Schuldrecht (Überblick) **3**, 5
 Schuldrechtlicher Vertrag **6**, 1ff.
 Schuldrechtsreform **4**, 4f.
 Schuldübernahme (arglistige Täuschung) **19**, 13f.
 Schuldverhältnis (Begriff) **3**, 5; 7, 35
 Schutzgesetz **9**, 12ff.
 Schutzpflichten **6**, 42ff.
 Schwarzarbeit **20**, 11ff.
 Schwarzkauf **17**, 5, 9ff.
 Schwebende Unwirksamkeit
 – bei beschränkter Geschäftsfähigkeit **11**, 48f.
 – bei Insichgeschäft **27**, 4
 – bei Vertretung ohne Vertretungsmacht **26**, 1ff.
 Schwebende Wirksamkeit **13**, 19
 Schwebezeit bei Bedingungen **29**, 17ff.
 Schweigen als Annahme **14**, 26f.
 Sekundäres Unionsrecht **1**, 4; **4**, 16
 Selbsthilfe **36**, 12f., 17
 Selbstkontrahieren **27**, 1
 Sicherungsabtretung **17**, 8
 Sicherungsübereignung **7**, 20; **17**, 8
 Sittenwidrige Bedingungen **29**, 15f.
 Sittenwidrige Rechtsausübung **36**, 2
 Sittenwidrige Rechtsgeschäfte **20**, 19ff.
 Sittenwidrige Schädigung **9**, 15ff.
 Sittenwidriger Darlehensvertrag **20**, 44f.
 Sittenwidrigkeit **9**, 15f., **20**, 19ff.
 Sitz **34**, 1
 Societas Europaea **31**, 3 (Fn. 3)
 Software-Kalkulationsirrtum **18**, 13
 Software-Übermittlungsirrtum **18**, 13
 Sonderprivatrecht **1**, 19
 Sonderrechtstheorie **1**, 16
 Sonstige Pflichtverletzungen **6**, 37ff.
 Sonstiges Recht **9**, 4
 Sorgerechtsvollmacht **23**, 2
 Sorgfaltspflichten **6**, 42ff.
 Sozialtypisches Verhalten **10**, 28; **11**, 7
 Spezialvollmacht **24**, 10
 Spielsperrevertrag **6**, 14b
 Spielsucht **6**, 14b
 Staatshaftung **1**, 12
 Stadtrecht **2**, 2
 Stellvertretung
 – Begriff **22**, 1ff.
 – Wirkungen **25**, 1ff.
 Stiftung **31**, 53ff.
 Stiftungsgeschäft **31**, 54
 Stiftungsregister **31**, 55a
 Stillschweigende Erklärung **10**, 15
 Störungsbeseitigungsanspruch des Eigentümers **7**, 12
 Störung der Geschäftsgrundlage **15**, 26f.
 Strafrecht **1**, 21
 Strohmännchen **17**, 7; **22**, 8
 Stückschuld **38**, 7
 Subjektive Geschäftsgrundlage **18**, 24
 Subjektives Recht **7**, 32ff.
 Subjektstheorie **1**, 13
 Subordinationstheorie **1**, 14
 Subsumtion **5**, 2
 Suspensivbedingung **29**, 6ff.

- System der Normativbestimmungen **31**,
13
- Systematische Auslegung **5**, **7**
- Taschengeldparagraph **11**, 53 ff.
- Tathandlung **10**, 26 f., 36; **22**, **4**
- Täuschung **19**, **2**
- durch Dritte **19**, 10 ff.
 - durch Tun **19**, **6**
 - durch Unterlassen **19**, 6 ff.
- Teilbarkeit eines Rechtsgeschäfts **21**, **4**
- Teilnichtigkeit **21**, 1 ff.; **24**, **5**
- Teilzahlungsgeschäft **13**, **12**
- Teilzeit-Wohnrechtevertrag **13**, **11**
- Telefax **12**, **21a**
- Telefonische Erklärung **12**, 29 f.
- Teleologische Auslegung **5**, **9**
- Teleologische Reduktion **5**, 16 f.
- Termine (Berechnung) **37**, 1 ff.
- Testierfähigkeit **11**, **8**
- Textform **16**, 5 ff.
- Thibaut **2**, **6**
- Tiere **30**, **18**; **38**, **3**
- Tod **30**, **11**
- des Bevollmächtigten **24**, **25**
 - des Vollmachtgebers **24**, **25**
- Todeserklärung **30**, **12**
- Transsexuellengesetz **33**, 6a
- Trennungsprinzip **8**, 1 ff.
- Treu und Glauben **15**, **2**, **16**; **16**, 25 ff., 35;
36, **2**
- Treuhänder **22**, **8**
- Treuwidrige Rechtsausübung **36**, **2**
- Treuwidrigkeit (bei Bedingungen) **29**, **17**,
26
- Trierer Weinversteigerung **17**, **14**, **19**
- Trunkenheit **11**, **21**
- Typenfreiheit **6**, **9**
- Übereinstimmende Falschbezeichnung
15, 29 ff.; **16**, **34**
- Übergabe **7**, **17**
- Überraschende Klauseln **14**, **61**
- Ultimo-Verjährung **35**, **11**
- Umdeutung **21**, 13 ff.
- Umgehung des Gesetzes **20**, **10**
- Umgehungsgeschäft **17**, **7**
- Umkehrschluss **5**, **15**
- Unbestellte Zusendung **14**, 24 ff., 30 ff.
- Unbestimmte Begriffe **3**, **15**
- Unbewegliche Sachen **7**, 26 ff.; **38**, **5**
- Unerlaubte Handlungen **9**, 1 ff.
- Ungeborenes Kind **30**, 8 f.
- Ungerechtfertigte Bereicherung **8**, 9 ff.
- Unklarheitenregel bei AGB **15**, **20**
- Unmittelbare Stellvertretung **22**, **7**
- Unmöglichkeit
- nachträgliche **6**, 30 ff., 48
 - ursprüngliche **6**, 35 f.
- Unrichtige Übermittlung einer
Willenserklärung **18**, 46 ff., 69
- Unsittlichkeit **20**, **23**
- Unterbevollmächtigter
- Insihgeschäft **27**, **11**
 - Vertretung ohne Vertretungsmacht
26, **22** ff.
- Unterlassungsanspruch des Eigentümers
7, **13**
- Unternehmensbezogenes Rechtsgeschäft
22, **23**, 35 f.
- Unternehmer (Begriff) **10**, **32**
- Unternehmergesellschaft **26**, **18** (Fn. 19);
31, **3**
- Unterordnung **1**, **10**
- Unterschrift **16**, **10**, **12**, **33**
- Untervollmacht **24**, **12**; **26**, 22 ff.; **27**, **11**
- Unwesentliche Bestandteile **38**, **11**
- Unwiderrufliche Vollmacht **24**, **7**, **27**
- Unwirksame AGB **14**, **62**
- Unzulässige Rechtsausübung **36**, 1 f.
- Ursächlichkeit
- der Drohung **19**, **19**
 - der Täuschung **19**, **5**
 - des Irrtums **18**, **27**, **40**
- Ursprüngliche Unmöglichkeit **6**, 35 f.
- Verarbeitung **7**, **24**; **10**, **26**, **36**; **28**, **19**
- Veräußerungsverbot **20**, 12 ff.
- Verbindung **7**, **24**, 29 f.
- Verbot der Selbsthilfe **36**, **12**, **17**
- Verbotsgesetze **20**, 1 ff.
- Verbrauchbare Sachen **38**, **8**
- Verbraucher (Begriff) **10**, 31 ff.
- Verbraucherbaupvertrag **10**, **33**; **13**, **11**; **16**,
6a
- Verbraucherdarlehensvertrag **13**, **11**

- Vollmacht **24, 3**
- Verbraucherrechte-Richtlinie **4, 19; 10, 30, 31a f.; 14, 24, 25a; 38, 8a**
- Verbraucherschutz **4, 3, 6, 19; 6, 12; 10, 29, 33; 13, 5ff.**
- Verbrauchervertrag **10, 29, 33; 14, 57, 62**
- Verdeckter Kalkulationsirrtum **18, 26**
- Verdecktes Geschäft **17, 9, 22**
- Vereinbarte Form **16, 28ff.**
- Vereinigungsfreiheit **31, 11**
- Vereinsautonomie **31, 47**
- Vereinsorgane **31, 27ff., 36ff.**
- Vereinsregister **31, 13, 20, 31f., 35**
- Verfahrensrecht **1, 23ff.**
- Verfassungskonforme Auslegung **5, 10**
- Verfassungsmäßiger Vertreter (Verein) **31, 36ff.**
- Verfügungen eines Nichtberechtigten **28, 1ff.**
- Verfügungsermächtigung **28, 5**
- Verfügungsgeschäft **6, 20; 8, 1ff.; 28, 1**
- Vergreifen **18, 9**
- Verhandlungshelfer **22, 13**
- Verjährung **35, 1ff.**
 - Beginn **35, 11ff.**
 - Fristen **35, 5ff.**
 - Haftung des Vertreters ohne Vertretungsmacht **26, 13**
 - Hemmung **35, 18ff.**
 - Neubeginn **35, 25**
 - Wirkung **35, 16f.**
- Verkehrssitte **15, 2, 15, 34**
- Verkehrswesentliche Eigenschaften **18, 31ff.**
- Verlängerter Eigentumsvorbehalt **28, 5**
- Vermengung **7, 24; 11, 58 (Fn. 53)**
- Vermischung **7, 24**
- Vermittler (arglistige Täuschung) **19, 11**
- Vermögen **9, 4**
- Vernehmungstheorie **12, 28a**
- Verpflichtungsermächtigung **28, 14**
- Verpflichtungsgeschäft **6, 15; 8, 3ff.; 21, 3; 28, 2**
- Verpflichtungsmacht **23, 7**
- Verrichtungsgehilfe **9, 18ff.**
- Verschollenheit **30, 12**
- Verschreiben **18, 9**
- Verschulden **9, 6**
 - beim Vertragsschluss **6, 45f.; 19, 29f.; 25, 4**
- Verschuldensfähigkeit **11, 10**
- Verschuldenshaftung **9, 2**
- Verspätete Annahme **14, 19f.**
- Versprechen **18, 9**
- Versteckter Dissens **14, 54f.**
- Versteigerung **14, 7, 43**
- Verteidigungsnotstand **36, 9**
- Vertrag **1, 9; 3, 17; 10, 8**
- Vertrag zugunsten Dritter **19, 12**
- Vertraglich vereinbarte Form **16, 28ff.**
- Vertragliche Bindung **10, 3**
- Vertragsauslegung **15, 1ff.**
- Vertragsfreiheit **6, 1ff.; 10, 3**
- Vertragsofferte **14, 1 (Fn. 2)**
- Vertragsschluss **14, 1ff.**
- Vertragsübernahme (Anfechtung) **19, 35**
- Vertragsverhandlungen **6, 45f.**
- Vertrauensschaden (Vertrauensinteresse) **18, 61ff., 70; 26, 14**
- Vertretbare Sachen **38, 6f.**
- Vertretenmüssen **6, 27**
- Vertreter ohne Vertretungsmacht **26, 1ff.**
- Vertretertheorie **31, 29**
- Vertretungsmacht **22, 28; 23, 1ff.; 24, 1ff.**
- Verwaltungsakt **1, 10**
- Verwaltungsgerichte **1, 11**
- Verwirkung **35, 27ff., 31**
- Verzug des Schuldners **6, 26ff.**
- Verzugsschaden **6, 28**
- Verzugszinsen **6, 28**
- Videokonferenz **12, 29**
- Vis absoluta **19, 18**
- Vis compulsiva **19, 18**
- Volksrechte **2, 2**
- Vollendung der Geburt **30, 7**
- Vollmacht **24, 1ff.**
 - kraft Rechtsscheins **24, 28ff.**
- Vollmachtsmissbrauch **24, 19ff., 45; 27, 18**
- Vollmachtsurkunde **24, 4, 30, 32, 42**
- Vollstreckungsverfahren **1, 24**
- Vorabentscheidungsverfahren vor dem EuGH **4, 20**
- Vorausabtretung **28, 12**

- Vorbehalte zugunsten des Landesgesetzgebers **3**, 12f.
 Vorgeburtliche Schädigung **30**, 14
 Vormund **23**, 3
 Vorname **33**, 3ff.
 Vorrang der Sachmängelhaftung **18**, 41f.
 Vorsatz **9**, 6
 Vorsätzliche sittenwidrige Schädigung **9**, 15ff., 28
 Vorstand **23**, 6; **31**, 18, 28ff.; **32**, 9
 Vorverein **31**, 22f.
 Vorvertrag **14**, 35
 Vorweggenommene Annahme **14**, 44

 Wahlschuld **26**, 10
 Waren **14**, 24; **38**, 8a f.
 Warenkauf-Richtlinie **4**, 25
 Wegfall der Bereicherung **8**, 13, 18
 Wegfall der Geschäftsgrundlage **15**, 26ff.
 Weisung (bei Stellvertretung) **25**, 6
 Wert einer Sache **18**, 37
 Wesentlicher Bestandteil **38**, 11ff.
 Wettbewerbsrecht **1**, 18
 Widerrechtlichkeit der Drohung **19**, 20f.
 Widerruf
 – der Vollmacht **24**, 26f.
 – von Willenserklärungen **13**, 1ff., 5ff.
 Widerrufsinformation **13**, 15, 26
 Widerrufsrechte des Verbrauchers **10**, 37ff.; **13**, 5 ff.
 Wiedereinsetzung in den vorigen Stand **37**, 8
 Wiedervereinigung Deutschlands **4**, 14
 Wille **10**, 17ff.
 Wille des Gesetzgebers **5**, 8
 Willensbetätigung **14**, 23
 Willenserklärung **10**, 9ff.
 Willensmängel **17**, 1ff.; **18**, 1ff.; **19**, 1ff.
 – bei Stellvertretung **25**, 5ff., 17
 Willensvorbehalte **17**, 1ff.
 Windscheid **2**, 10 (Fn. 6); 7, 34

 Wirksamkeit durch Erfüllung **16**, 23
 Wirksamwerden von Willenserklärungen **12**, 1ff.
 Wirtschaftlicher Verein **31**, 11f.
 Wissenserklärung **22**, 4
 Wissensvertreter **25**, 7ff.; **35**, 11b
 Wissensvorsprung **19**, 7a
 Wissenszurechnung **25**, 7ff.
 Wohlwollende Auslegung **15**, 18f.
 Wohnsitz **34**, 1ff.
 Wohnungseigentum **38**, 11 (Fn. 10)
 Wohnungseigentümergeinschaft **10**, 31c; **31**, 9
 Wohnungseigentumsgesetz **4**, 7
 Wollensbedingung **29**, 2
 Wortlaut und Auslegung **15**, 5, 10
 Wucher **20**, 38
 Wucherähnliches Geschäft **20**, 39ff., 46ff.

 Zeitpunkt der Sittenwidrigkeit **20**, 29ff.
 Zivilgesetzbuch der DDR **4**, 12ff.
 Zivilprozessrecht **1**, 10, 23ff.
 Zubehör **38**, 18ff., 27
 Zufallsbedingung **29**, 2
 Zugang **12**, 10ff.
 Zugangsstörungen **12**, 19f.
 Zulassungsbescheinigung **7**, 22; **22**, 34
 Zurückweisungsrecht **24**, 4
 Zustandekommen eines Vertrages **14**, 1ff.
 Zustellung **12**, 17
 Zustimmung (Begriff) **11**, 43
 Zwangsvollstreckung **1**, 24
 Zweck des Gesetzes **5**, 9
 Zweiseitiges Rechtsgeschäft **6**, 18; **10**, 7
 Zweite Kommission **2**, 11
 Zweiter Entwurf zum BGB **2**, 11
 Zwingendes Recht **3**, 18; **10**, 4
 Zwischenverfügungen bei Bedingungen **29**, 19